



Vorlage an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

Titel: **Beteiligungsbericht 2013**

Datum: 10. Dezember 2013

Nummer: 2013-446

Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

Links:

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)



2013/446

Kanton Basel-Landschaft

Regierungsrat

Vorlage an den Landrat

Beteiligungsbericht 2013

vom 10. Dezember 2013

Beteiligungsbericht an den Landrat 2013

Basis Jahresabschlüsse 2012

(unter Berücksichtigung der neuesten Entwicklungen)

Inhaltsverzeichnis

1	Management Summary	4
2	Ausgangslage	5
2.1	<i>Rechtsgrundlage</i>	5
2.2	<i>Gegenstand des Beteiligungsberichts</i>	5
2.3	<i>Inhalt des Beteiligungsberichts</i>	5
2.4	<i>Bestehende Berichterstattung zu den Beteiligungen</i>	6
2.5	<i>Beteiligungsportfolio und Leistungsaufträge: Stand per 31.08.2012</i>	6
2.6	<i>Beteiligungsportfolio: Zu- und Abgänge sowie Mutationen im 2013</i>	8
2.6.1	Zugänge:.....	8
2.6.2	Geplante Zugänge:	8
2.6.3	Abgänge:.....	8
2.6.4	Geplante Abgänge:.....	8
2.6.5	Mutationen	9
2.7	<i>Personelle Änderungen</i>	9
2.8	<i>Geldflüsse an und von Beteiligungen Budget 2014</i>	12
3	Berichterstattung pro Beteiligung	13
3.1	<i>Beteiligungen, die der FKD zugeordnet sind</i>	13
3.1.1	Basellandschaftliche Gebäudeversicherung (BGV)	13
3.1.2	Basellandschaftliche Kantonalbank (BLKB)	16
3.1.3	Basellandschaftliche Pensionskasse (BLPK)	18
3.1.4	Sozialversicherungsanstalt Basel-Landschaft (SVA)	20
3.2	<i>Beteiligungen, die der VGD zugeordnet sind</i>	23
3.2.1	Kantonsspital Baselland (KSBL).....	23
3.2.2	Psychiatrie Baselland (PBL)	25
3.2.3	UKBB	27
3.2.4	MCH Group AG.....	29
3.2.5	Schweizerische Rheinhäfen	31
3.3	<i>Beteiligungen, die der BUD zugeordnet sind</i>	33
3.3.1	Baselland Transport AG (BLT AG)	33
3.3.2	Hardwasser AG.....	35
3.3.3	Nationalstrassen Nordwestschweiz (NSNW)	36
3.3.4	Waldenburgerbahn AG	37
3.4	<i>Beteiligungen, die der SID zugeordnet sind</i>	38
3.4.1	Interkantonale Polizeischule Hitzkirch (IPH).....	38
3.4.2	Motorfahrzeug-Prüfstation beider Basel (MFP)	39
3.5	<i>Beteiligungen, die der BKSD zugeordnet sind</i>	41

3.5.1	Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW)	41
3.5.2	Universität Basel	43
3.5.3	TSM Schulzentrum für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen.....	46
4	Ausblick.....	48
5	Anträge.....	48

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Beteiligungen des Kantons Basel-Landschaft	6
Tabelle 2: Personelle Änderungen im obersten Führungsorgan der Beteiligungen	9
Tabelle 3: Geldflüsse an und von Beteiligungen Budget 2014	12

1 Management Summary

Gemäss § 46a des neuen Landratsgesetzes unterbreitet der Regierungsrat dem Landrat den Beteiligungsbericht für die Beteiligungen gemäss § 47a des Verwaltungsorganisationsgesetzes. Die Berichterstattung erfolgt nach § 18 der Verordnung über das Controlling der Beteiligungen (SGS 314.51 vom 2. Juni 2009) alle zwei Jahre. Der Beteiligungsbericht erfolgt in diesem Jahr zum ersten Mal und beinhaltet folgende Elemente:

- Beurteilung Geschäftsjahre 2012/2013: wichtige Entwicklungen
- Unternehmenseckwerte
- Beurteilung Zukunft: wichtige Entwicklungen der nächsten zwei bis drei Jahre
- Beurteilung Zukunft: Umfeldentwicklung
- Beurteilung Risiko aus Kantonssicht
- Landratsgeschäfte 2012/2013 zu den Beteiligungen

Das Beteiligungsportfolio des Kantons Basel-Landschaft wies per Ende 2012 einen Bestand von 42 Beteiligungen auf. Seit diesem Zeitpunkt wurde die Bürgerschaftsgenossenschaft Baselland verkauft und die „Geopower Basel AG in Liquidation“ liquidiert. Dies führt zu einem Stand per 31.10.2013 von 40 Beteiligungen. Zwei weitere Veräusserungen sowie ein Neuzugang sind geplant.

Aus diesem Portefeuille resultierten im Jahr 2012 Erträge von rund CHF 99.7 Mio. Diesen standen Aufwände von 476.9 gegenüber.

Aus den Einzelberichterstattungen ergeben sich für den Kanton folgende wichtigste Erkenntnisse:

- Aufgrund der schnellen Zyklen mit entsprechenden Neuerungen in der Finanzbranche, sind allfällige Auswirkungen auf die BLKB mit möglichen Folgen für den Kanton periodisch zu überwachen und entsprechend neu zu beurteilen.
- Die Sozialwerke stehen vor diversen Herausforderungen. Dies wiederum wird sich direkt auf die zu erbringenden Leistungen der SVA mit entsprechendem Kostenwachstum auswirken. Eine vertiefte Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Landschaft in ausgewählten Bereichen soll das Kostenwachstum dämpfen.
- Im Gesundheitswesen (KSBL, PBL, UKBB) steht der Fokus auf den Unsicherheiten bezüglich der Tarifstrukturen/Fallpauschalen und der damit einhergehenden Ertrags- und Investitionssicherung des Unternehmens. Diesbezüglich mögliche Kostenfolgen für den Kanton sind periodisch zu beobachten und neu zu beurteilen.
- Bei den Schweizerischen Rheinhäfen existiert mit dem geplanten Terminal Basel-Nord ein Projekt, dessen Finanzierung noch nicht vollumfänglich geklärt ist (Anteil des Bundes noch offen). Die Entwicklung des Projekts gilt es zu beobachten, um frühzeitig über allfällige finanzielle Konsequenzen für den Kanton informiert zu sein.
- Die Zunahme der Regelungsdichte im Öffentlichen Verkehr führt dazu, dass kleinere Unternehmen zielgerichtet mit den Transportunternehmen der Region sowie mit anderen Schweizerischen Eisenbahnunternehmen kooperieren müssen.
- Bei „grenzüberschreitenden“ Konflikten zwischen BVB und BLT sind Lösungen zu finden.
- Im Bildungswesen wird das neue Hochschul- und Koordinationsgesetz (HFKG) zu neuen Herausforderungen führen. Die FHNW und die Universität Basel streben eine leistungsgerechte Verteilung der Bundesmittel an. Die Auswirkungen auf den Kanton sind periodisch zu überwachen.

Die weitere Umsetzung der Verordnung über das Controlling der Beteiligungen wird in den nächsten Jahren angestrebt. Insbesondere die Ausarbeitung von Eigentümerstrategien bildet dabei einen Schwerpunkt.

2 Ausgangslage

2.1 Rechtsgrundlage

Mit der Landratsvorlage zum Beteiligungsmanagement (Vorlage Nr. [2009-159](#) vom 3. Juni 2009) legte der Regierungsrat die Instrumente des Landrats zur Wahrnehmung seiner Oberaufsichtsfunktion dar. Zudem erliess er am 2. Juni 2009 die Verordnung über das Controlling der Beteiligungen (kurz: Beteiligungsverordnung, SGS 314.51) und setzte sie per 1. Juli 2009 in Kraft. Diese Verordnung setzt die Leitlinien für die Steuerung und die Arbeitsteilung bei der Betreuung sowie für die Berichterstattung der Beteiligungen fest¹.

Gemäss § 18 Beteiligungsverordnung ist vorgesehen, dass der Landrat alle zwei Jahre mit einem Beteiligungsbericht über die wichtigen Entwicklungen bei den Beteiligungen und deren Umfeld in Form des Beteiligungsberichts orientiert wird und diesen zur Kenntnis nimmt. Diese wichtige Bestimmung soll nun mit der Landratsvorlage Nr. [2012-018](#) vom 24. Januar 2012 (Teilrevision des Gesetzes über die Organisation und die Geschäftsführung des Landrates (Landratsgesetz) und der Geschäftsordnung des Landrates) in § 46a Landratsgesetz verankert werden.

Das vorliegende Dokument ist der erste Beteiligungsbericht an den Landrat. Der Bericht stützt sich auf die geplante Rechtsgrundlage, die dem Landrat (LRV [2012-018](#)) unterbreitet wurde, aber noch nicht verabschiedet ist.

2.2 Gegenstand des Beteiligungsberichts

Definition Beteiligungen:

Gemäss § 2 der Beteiligungsverordnung wird unter Beteiligung eine Organisation verstanden, die

- a) eine eigene Rechtspersönlichkeit hat,
- b) teilweise oder ganz im Eigentum des Kantons ist,
- c) nicht Teil des Finanzvermögens ist.

Das aktuelle Beteiligungsportfolio des Kantons umfasst 40 Beteiligungen.

Mit LRV [2012-018](#) wird dem Landrat ebenfalls eine Anpassung des Verwaltungsorganisationsgesetzes vorgeschlagen. Der neue §47a des Verwaltungsorganisationsgesetzes enthält eine gesetzliche Definition derjenigen Beteiligungen, welche in den Beteiligungsbericht aufgenommen werden sollen. Es sind dies

- a) Öffentlich-rechtliche Körperschaften und Anstalten
- b) Privatrechtliche Institutionen, sofern sie vom Kanton kapital- und stimmenmässig beherrscht werden oder für den Kanton von grosser strategischer Bedeutung sind.

Im Erläuterungstext zu §47a (LRV [2012-018](#), S. 21ff) werden diese Beteiligungen namentlich erwähnt. Die vorliegende Einzelberichterstattung beschränkt sich auf diese Beteiligungen.

2.3 Inhalt des Beteiligungsberichts

In den Erläuterungen (LRV [2012-018](#), S. 11) zum geplanten § 46a des Landratsgesetzes ist der Inhalt des Beteiligungsberichtes grob umrissen. Der vorliegende Beteiligungsbericht orientiert sich an dieser Vorgebe.

¹ Der Landrat nahm die Vorlage zum Beteiligungsmanagement am [28. Januar 2010](#) mit 78:0 Stimmen bei einer Enthaltung zur Kenntnis.

Die Berichterstattung umfasst folgende Elemente:

- **Allgemeine Informationen** über das gesamte Beteiligungsportfolio
 - Übersicht und Mutationen des Beteiligungsportefeuilles
 - Personelle Veränderungen im obersten Führungsorgan
 - Budgetierte Geldflüsse an und von Beteiligungen 2014
- **Einzelberichterstattung** über die in § 47a des Verwaltungsorganisationsgesetzes definierten Beteiligungen
 - Wichtige Entwicklungen
 - Wichtige Kennzahlen
 - Grösste Herausforderungen
 - Umfeldentwicklungen
 - Risiken aus Eigentümersicht
 - Landratsgeschäfte 2012/2013 zu den Beteiligungen

Die Optik des Beteiligungsberichts ist sowohl vergangenheits- wie auch zukunftsbezogen. Dabei werden die wichtigsten Elemente des letzten Geschäftsjahres, der laufenden Periode sowie der künftigen 2-3 Jahre aufgeführt.

2.4 Bestehende Berichterstattung zu den Beteiligungen

Neben dem vorliegenden Bericht existiert bereits eine Vielzahl von Informationen zu den Beteiligungen, welche dem Landrat in Einzelvorlagen unterbreitet werden und/oder im Internet verfügbar sind. Es sind dies:

- Jährliche Geschäftsberichte ausgewählter Beteiligungen sowie Vorlagen betreffend Leistungsvereinbarungen oder parlamentarische Vorstösse,
- Änderungen im Beteiligungsportefeuille, Geldflüsse an und von Beteiligungen sowie ein Beteiligungsspiegel in der Staatsrechnung. Vgl. beispielsweise Staatsrechnung 2012 (LRV 2013-080) auf den Seiten 33ff. und 315 ff. unter <http://www.baselland.ch/fileadmin/baselland/files/docs/parl-ik/vorlagen/2013/2013-080.pdf>
- Geldflüsse an und von Beteiligungen im Budget. Vgl. beispielsweise Budget 2014 (LRV 2013-250) auf der Seite 35 <http://www.baselland.ch/fileadmin/baselland/files/docs/parl-ik/vorlagen/2013/2013-250.pdf>
- Jährlich aktualisierte Faktenblätter publiziert unter <http://www.baselland.ch/Faktenblaetter.313520.0.html>

2.5 Beteiligungsportfolio und Leistungsaufträge: Stand per 31.08.2012

Nachstehende Übersicht beinhaltet sämtliche Beteiligungen des Kantons Basel-Landschaft per 31.08.2013 (alphabetisch sortiert). Jene Institutionen, die gemäss § 47a des Verwaltungsorganisationsgesetzes unter die vorliegende Berichterstattung fallen, sind in der Tabelle mit **Fettschrift** gekennzeichnet.

Tabelle 1: Beteiligungen des Kantons Basel-Landschaft

Nr.	Beteiligung	Fachdirektion	Grundlage	Leistungsauftrag von bis	LRV
1	ARA Rhein AG	BUD	SGS 782 und 782.11	-	-
2	Autobus AG	BUD	SGS 480	2014-2014	2013-047
3	Autogesellschaft Sissach-Eptingen	BUD	SGS 480	2014-2014	2013-047
4	BAK Basel Economics AG	FKD	LRV 2004-085	-	-
5	Baselland Transport AG	BUD	SGS 480, 480.1, 483.1, 386.2-386.6	2014-2014	2013-047

Nr.	Beteiligung	Fachdirektion	Grundlage	Leistungsauftrag von bis	LRV
6	Basellandschaftliche Gebäudeversicherung	FKD	SGS 350, 350.11, 350.111-115	-	-
7	Basellandschaftliche Kantonalbank	FKD	SGS 100, 371, 371.1, 371.11	-	-
8	Basellandschaftliche Pensionskasse	FKD	SGS 150, 834.2	-	-
9	BVG- und Stiftungsaufsicht beider Basel	SID	BG 61	-	-
10	Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW)	BKSD	SGS 649.22	2012-2014	2011-315
11	Flughafen Basel-Mulhouse	BUD	SGS 486.21	-	-
12	Fondation des Archives de l'ancien Evêché de Bâle	KB	LRV 97-064	-	-
13	Genossenschaft Stadion St. Jakob-Park	BKSD	LRV 2004/165	-	-
14	Hardwasser AG	BUD	SGS 455, LRV 2000-158	-	-
15	Interkantonale Lehrmittelzentrale	BKSD	SGS-SO 411.271	-	-
16	Interkantonale Polizeischule Hitzkirch (IPH)	SID	SGS 700.13	-	-
17	Kantonsspital Baselland	VGD	SGS 930, 930.122	2013	-
18	Kraftwerk Augst AG	BUD	SGS 494	-	-
19	Kraftwerk Birsfelden AG	BUD	SGS 493, 493.2, 493.21	-	-
20	Landwirtschaftliche Trocknungs-Anlagen LTA AG	VGD	SGS 510	-	-
21	MCH Messe Schweiz AG	VGD	LRV 2000-067	-	-
22	Motorfahrzeugprüfstation beider Basel (MFP)	SID	SGS 481.5	-	-
23	NSNW AG	BUD	LRV 2007-176	-	-
24	ProRheno AG	BUD	SGS 783.31, 783.32, 783.33	-	-
25	Psychiatrie Baselland	VGD	SGS 930	2013	-
26	Schweizer Rheinsalinen AG	FKD	SGS 381.2-4	-	-
27	Schweizerische Nationalbank	FKD	NBG 951.11	-	-
28	Schweizerische Rheinhäfen	VGD	SGS 100, 421, 421.1	-	-
29	Schweizerischer Bibliotheksdienst	BKSD	LRV 1986-27	-	-
30	Sozialversicherungsanstalt Baselland	FKD	SGS 831, 831.11	-	-
31	SRG idée suisse Region Basel	BKSD	LRV 2004-085	-	-
32	Stiftung interkantonale Försterschule	VGD	SGS 570, 570.11	-	-
33	Swisslos	SID	SGS 543.3/4, LRV 2005-261	-	-
34	Swissmedic, Schweizerisches Heilmittelinstitut	VGD	HMG 68	-	-
35	TSM Schulzentrum für Kinder und Jugendliche	BKSD	SGS 649.3, 649.31	-	-
36	Universität Basel	BKSD	SGS 664.1, LRV 2006-179	2014-2017	2013-282

Nr.	Beteiligung	Fachdirektion	Grundlage	Leistungsauftrag von bis	LRV
37	Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB)	VGD	SGS 932.4, 930	2012-2013	-
38	Waldenburgerbahn AG	BUD	SGS 480, 386.1	2014-2014	2013-047
39	Wärmeverbund Oberwil-Therwil AG	BUD	SGS 490	-	-
40	Wasserversorgung Waldenburger-tal AG	BUD	Wasserversorgungsgesetz BL	-	-

2.6 Beteiligungsportfolio: Zu- und Abgänge sowie Mutationen im 2013

Das Beteiligungsportfolio des Kantons Basel-Landschaft wies per Ende 2012 einen Bestand von 42 Beteiligungen auf. Seit diesem Zeitpunkt hat es einen Verkauf und einen Abgang aufgrund von Liquidation gegeben. Dies führt zu einem Stand per 31.08.2013 von 40 Beteiligungen.

2.6.1 Zugänge:

Keine

2.6.2 Geplante Zugänge:

Neu soll sich auch der Kanton Waadt an der Schweizer Rheinsalinen AG beteiligen. Damit die freien Reserven der Schweizer Rheinsalinen AG von 116 Millionen Franken bei den bisherigen Kantonen verbleiben, wurde die Firma **Selfin Invest AG** gegründet. Die Beteiligungsverhältnisse entsprechen jener bei der Schweizer Rheinsalinen AG, d.h. der Kanton Basel-Landschaft ist an der Selfin Invest AG automatisch mit 348 Aktien (3.48%) beteiligt.

2.6.3 Abgänge:

Bürgschaftsgenossenschaft Baselland

Mit letztjährigem Beteiligungsreport an den Regierungsrat (RRB Nr. 64 vom 15.01.2013) wurde die Prüfung zur Veräusserung der Bürgschaftsgenossenschaft Baselland beantragt. Gemäss RRB 309 vom 26. Februar 2013 wurden die 42 Genossenschaftsanteile à nominal CHF 100.00 der Basellandschaftlichen Kantonalbank für CHF 4'200.00 (abzüglich Spesen von CHF 93.15) verkauft. Damit diese Veräusserungen vollzogen werden konnte, wurde vom Landrat mit dem Jahresbericht 2012 (LRV [2013-080](#)) beschlossen, dass die Gesellschaft vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen transferiert wird.

Geopower Basel AG in Liquidation

Mit der ausserordentlichen Generalversammlung vom 8. August 2013 wurde die Liquidation abgeschlossen und die Geopower Basel AG in Liquidation wird im Handelsregister gelöscht (noch pendente).

2.6.4 Geplante Abgänge:

Gemäss letztjährigem Beteiligungsreport an den Regierungsrat (RRB Nr. 64 vom 15.01.2013) wurde die Prüfung zur Veräusserung der **Autogesellschaft Sissach-Eptingen (AGSE)** und des **Wärmeverbunds Oberwil-Therwil** beantragt. Damit die zwei Veräusserungen vollzogen werden können, wurde vom Landrat mit dem Jahresbericht 2012 (LRV 2013-080) beschlossen, dass die beiden Gesellschaften vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen transferiert werden. Die BUD ist aktuell in Verkaufsverhandlungen.

2.6.5 Mutationen

Schweizerische Rheinhäfen

Aufgrund der Zusammenführung der konzessionierten Hafengebäude der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft und der daraus resultierenden Hafenbahn Schweiz AG aus dem Jahr 2010 (als 100% Tochtergesellschaft der Schweizerischen Rheinhäfen), kam es zu einer Neu-bewertung des Anlagevermögens bei den Schweizerischen Rheinhäfen, was zu einer Erhöhung des Dotationskapitals geführt hat. Der Aufwertungsanteil für den Kanton Basel-Landschaft beläuft sich auf CHF 13'768'904.25. Dies hat zur Folge, dass die Schweizerischen Rheinhäfen neu mit einem Buchwert von CHF 32'849'101.25 (vormals CHF 19'080'197.00) im Beteiligungs-portefeuille geführt werden und das Dotationskapital ebenfalls auf diesen Wert erhöht wird.

Kantonsspital Baselland

Beim KSBL wurden im Rahmen der Erarbeitung der Anlagebuchhaltung über die drei Standorte weitere Sachanlagen (Mobilien) im Umfang von CHF 2'526'904.65 aktiviert. Diese müssen gemäss Landratsvorlage Nr. 2011-223 im Dotationskapital des KSBL und des Kantons Basel-Landschaft verbucht werden. Dementsprechend wurde im 2013 das Dotationskapital und der Buchwert von CHF 106'437'369.08 auf CHF 108'964'273.73 erhöht.

UKBB

Der revidierte Staatsvertrag zwischen den Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt über das Universitäts-Kinderspital beider Basel (Kinderspitalvertrag) wurde am 22. Januar 2013 durch die Regierungen der beiden Trägerkantone unterzeichnet (vgl. auch LRV [2013-020](#)). Demnach gewähren die Trägerkantone dem UKBB nach § 15 des Staatsvertrages ein Dotationskapital und stellen sicher, dass das UKBB über eine angemessene Eigenkapitalquote verfügt. Diese wird gemäss § 26 Abs. 4 des Staatsvertrages auf 35% festgelegt. Damit wird der Neubau des UKBB als Sacheinlage zu Eigenkapital in dem Umfang übertragen, dass in der Bilanz des UKBB eine Eigenkapitalquote von 35% erreicht wird. Dies entspricht einem Dotationskapitalwert (gemäss RRB 1612 vom 24. September 2013) für beide Kantone von total CHF 62'000'000.00. Der Buchwert und Dotationsanteil des Kantons Basel-Landschaft beläuft sich auf CHF 31'000'000.00.

NSNW

Mit RRB Nr. 0709 vom 23. April 2013 wurde die GV-Zustimmung für die geplante Kapitalreduktion der NSNW gegeben. Da der Antrag an der GV vom 3. Mai 2013 von allen Kapitalgebern angenommen wurde, konnte das Aktienkapital von CHF 4'500'00.00 auf CHF 1'500'00.00 reduziert werden. Bei einer Beteiligungsquote des Kantons Basel-Landschaft von 33.3% entspricht der neue Buchwert CHF 500'000.00.

2.7 Personelle Änderungen

Nachstehende Übersicht zeigt die personellen Veränderungen der Beteiligungen (jene, die gemäss LRV 2012-18 unter die vorliegende Berichterstattung fallen) im Jahr 2012/2013 auf Stufe Geschäftsleitung und Verwaltungsrat.

Tabelle 2: Personelle Änderungen im obersten Führungsorgan der Beteiligungen

Beteiligung	GL alt	GL neu	VR alt	VR neu
ARA Rhein AG	-	-	-	-
Autobus AG	-	-	Dieter Völlmin	Christian Haidlauf
Autogesellschaft Sissach-Eptingen	Andreas Soppera	Urs Baumann	-	Michael Kunz
BAK Basel Economics AG	Dr. Boris Zürcher	Michael Grass	-	-

Beteiligung	GL alt	GL neu	VR alt	VR neu
Baselland Transport AG	-	-	Gilbert Hammel Lotti Stokar Hans Abt	Beat Bühler Heidi Schaub Chr. Pestalozzi
Basellandschaftliche Gebäudeversicherung (BGV)	-	-	RR Adrian Ballmer	RR Anton Lauber
Basellandschaftliche Kantonalbank (BLKB)	-	-	RR Adrian Ballmer	RR Anton Lauber
Basellandschaftliche Pensionskasse (BLPK)	-	-	RR Adrian Ballmer	RR Anton Lauber
BVG- und Stiftungsaufsicht beider Basel	-	Dr. iur. Christina Ruggli-Wüest	-	-
FHNW	-	-	-	-
Flughafen Basel-Mulhouse	Ralph Erhart	Gian Carlo Alessi	Alain Perret	Vincent Bouvier
Fondation des Archives de l'ancien Evêché de Bâle	-	-	-	-
Genossenschaft Stadion St. Jakob-Park	-	-	-	-
Hardwasser AG	Paul H. Diebold	Thomas Meier	Kurt Kobi	Joachim Hausammann,
Interkantonale Lehrmittelzentrale	-	Dieter Kaufmann (Kantonsvertreter)	Otto F. Beck	Patric Bezzola
Interkantonale Polizeischule Hitzkirch (IPH)	Daniel Blumer	Mark Burkhard	-	-
Kantonsspital Baselland	-	-	RR Peter Zwick	RR Thomas Weber
Kraftwerk Augst AG	-	-	-	-
Kraftwerk Birsfelden AG	Werner Maier	Sascha Jäger	David Thiel	Edwin van Velzen
Landwirtschaftliche Trocknungs-Anlagen LTA AG	-	-	-	-
MCH Messe Schweiz AG, Basel	-	-	Heini Brugger RR Peter Zwick	Daniel Leupi RR Thomas Weber
Motorfahrzeugprüfstation beider Basel (MFP)	-	-	-	-
NSNW AG	-	-	-	-
ProRheno AG	Dr. R. Goretzki	Jörg Müller	-	-
Psychiatrie Baselland	-	-	RR Peter Zwick	RR Thomas Weber
Schweizer Rheinsalinen AG	-	-	Jean Studer (NE)	Laurent Kurth (NE)
Schweizerische Nationalbank	-	-	-	-
Schweizerische Rheinhäfen, Birsfelden	-	-	RR Peter Zwick	RR Thomas Weber
Schweizerischer Bibliotheksdienst	-	-	Dr. Peter Gyr Josette Noeninger	Valérie B. Guérin Dr. Cornel Dora Julie Greub Pia-Maria Rutishauser
Sozialversicherungsanstalt	-	-	RR Adrian Ballmer	RR Anton Lauber

Beteiligung	GL alt	GL neu	VR alt	VR neu
Baselland			mer	
SRG idée suisse Region Basel	-	-	-	-
Stiftung interkantonale Förserschule	-	-	Bethly Bücheler (Sekretärin)	Samuel Käser (Sekretariatsleiter)
Swisslos	-	-	-	Ernst Stocker
Swissmedic, Schweizerisches Heilmittelinstitut	-	-	-	-
TSM Schulzentrum für Kinder und Jugendliche	-	-	-	-
Universität Basel	-	-	-	-
Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB)	-	-	RR Peter Zwick	RR Thomas Weber
Waldenburgerbahn AG	-	-	-	-
Wärmeverbund Oberwil-Therwil AG	-	-	Dr. Niklaus Hufschmid	Thomas Kamber
Wasserversorgung Waldenburgertal AG	-	-	Sara Hofer Martin Schweizer	Rolf Tschudin Stefanie Oberli

2.8 Geldflüsse an und von Beteiligungen Budget 2014

In der folgenden Tabelle sind die Beteiligungen aufgeführt, für welche im Budget 2014 des Kantons Aufwand (bspw. für den Leistungseinkauf) bzw. Ertrag (bspw. aus Dividenden) sowie Beiträge in der Investitionsrechnung eingestellt sind:

Tabelle 3: Geldflüsse an und von Beteiligungen Budget 2014

Beteiligung	Art der Leistung / Ertragsart	Aufwand in CHF	Ertrag in CHF	Inv. Rechnung in CHF
ARA Rhein AG	Betriebskostenbeiträge	1'400'000	1'400'000	
Baselland Transport AG (BLT)	Betriebskosten- und Investitionsbeiträge	18'100'000		28'000'000
Waldenburgerbahn AG (WB)	Betriebskosten- und Investitionsbeiträge	3'400'000		6'000'000
Autobus AG (AAGL)	Betriebskostenbeiträge Dividende	6'000'000	6'642	
Basellandschaftliche Kantonalbank	Anteil am Reingewinn Abgeltung Staatsgarantie Verzinsung Dotationskapital	3'750'000	42'000'000 8'500'000 3'750'000	
Fachhochschule Nordwestschweiz	Leistungsauftrag / Investitionsbeiträge Mieteträge	67'700'000	1'750'000	26'000'000
Fond. des Arch. de l'anc. Evêché de Bâle	Beitrag	110'000		
Hardwasser AG	Wasserzins (Entnahmegebühr) Dividende		380'000 81'600	
Interkantonale Lehrmittelzentrale	Beitrag	17'000		
Interkantonale Polizeischule Hitzkirch	Leistungspauschale	1'275'500		
Kraftwerk Augst AG	Konz. f. Wassern. für Energieerzeugung Dividende		520'000 150'000	
Kraftwerk Birsfelden AG	Betriebskostenanteil Schifffahrtsanlagen Konz. f. Wassern. und Energieerzeugung Dividende	58'000	2'700'000 262'500	
Landw. Trocknungs-Anlagen LTA AG	Dividende		6'000	
MCH Messe Schweiz AG	Dividende		235'625	
NSNW AG	Aufwand für Strassenunterhalt kant. HLS Dividende	2'400'000	120'000	
ProReno AG (wird vollst. über Gebühren finanziert)	Betriebskostenbeiträge und Investitionsanteil BL	1'800'000	1'800'000	700'000
Schweizer Rheinsalinen AG	Dividende Regalien Konzession		278'400 80'000 250'000	
Schweizerische Nationalbank	Anteil am Reingewinn Dividende		23'200'000 12'390	
Schweizerische Rheinhäfen	Anteil am Reingewinn		4'500'000	
Sozialversicherungsanstalt Baselland	Verwaltungsaufw. Vollzug Prämienverb. (CHF 117.35 Mio.) Verw.-aufw. Ergänzungsleistungen (CHF 189.27 Mio.)	2'000'000 4'800'000		
Swisslos	Gewinnausschüttung		14'000'000	
TSM Schulz. für Kinder und Jugendliche	Leistungseinkauf	7'627'182		
Universität Basel	Leistungsauftrag / Investitionsbeiträge	159'900'000		14'000'000
Universitäts-Kinderspital beider Basel	Leistungseinkauf	14'507'000		
Kantonsspital Baselland	Leistungseinkauf Baurechtszinsen Darlehenszinsen	138'441'000	3'000'000 2'080'000	
Psychiatrie Baselland	Leistungseinkauf Baurechtszinsen Darlehenszinsen	34'545'000	1'180'000 670'000	
TOTAL		467'830'682	111'163'157	34'700'000

3 Berichterstattung pro Beteiligung

3.1 Beteiligungen, die der FKD zugeordnet sind

3.1.1 Basellandschaftliche Gebäudeversicherung (BGV)

Beurteilung Geschäftsjahre 2012/2013: wichtige Entwicklungen bei der BGV

Für das Jahr 2012:

Bundesgerichtsurteil Wasserschadenversicherung

Die FINMA wollte dem Kanton Basel-Landschaft das Aufsichtsrecht über die im privaten Markt durch die BGV angebotene Wasserschadenversicherung absprechen. Das Bundesgericht hat aber die Aufsichtshoheit durch den Kanton bestätigt.

Windmessstationen

In Zusammenarbeit mit SRF Meteo liess die BGV über das ganze Kantonsgebiet ein Messnetz mit 15 Stationen für die Erhebung von Wetterdaten erstellen. Damit lassen sich schadenbringende Unwetter besser beurteilen.

Arbeitsgruppe Brand- und Elementarschadenprävention

Der Regierungsrat hat im Herbst 2012 eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die ein Gesetz für die Brand- und Elementarschadenprävention vorbereitet. Hauptziel ist die Stabilisierung der in den letzten Jahren stark angestiegenen Elementarschäden, um weiterhin tiefe Prämien zu ermöglichen.

ISO Rezertifizierung

Die BGV hat die Rezertifizierung ISO-9001:200 und neu eduQua mit Erfolg bestanden.

Einführung Swiss GAAP FER

Die Jahresrechnung 2012 wurde für interne Zwecke das erste Mal nach dem Rechnungslegungsstandard Swiss GAAP FER 41 dargestellt.

Zertifikat eduQua für Feuerwehrausbildung

Die Feuerwehrausbildung der beiden Basel wurden Ende 2012 durch die SQS mit dem schweizerischen Qualitätszertifikat für Weiterbildungsinstitutionen eduQua zertifiziert.

ISO Zertifikat ifa

Das Interkantonale Feuerwehr-Ausbildungszentrum ifa in Balsthal SO sowie die International Fire Academy mit ihren Tunnel-Übungsanlagen erhielten nebst dem ISO-Zertifikat 9001:2008 neu das Zertifikat nach der internationalen ISO-Norm 29990.2010 für Lerndienstleister.

Marketingstrategie

Die Marketingstrategie wurde per 31. Dezember 2011 fertiggestellt und ist seit 1. Januar 2012 in Kraft.

Für das Jahr 2013:

Grundstückversicherung

Die heutige Grundstückversicherung ist langfristig als selbstständige Sparte schwierig zu finanzieren. Es soll eine zukunftsgerechte, neue Lösung entwickelt werden.

ALM Studie

Die PWC führt eine umfassende Risikoanalyse durch.

Gesetzesentwurf über die Feuerwehr

Am 7. Februar 2013 hat der Landrat das Gesetz über die Feuerwehr mit 77 Ja ohne Gegenstimmen und Enthaltungen beschlossen. Das neue Gesetz tritt ab 01.01.2014 in Kraft.

Neustrukturierung Feuerwehr/Brandschutz sowie Schätzungswesen/ESP

Ab 1. Mai 2013 wurde die Abteilung Brandschutz sowie die Fachstelle Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz neu dem Feuerwehr-Inspektor unterstellt.

Die Abteilung Elementarschadenprävention wurde neu dem Schätzungswesen unterstellt.

Berufliche Vorsorge

Der Wechsel vom Leistungs- zum Beitragsprimat wird per 1. Januar 2015 vollzogen. Die dafür notwendige Ausfinanzierung erfolgt durch die BGV. Der Anschluss des ifa an die BLPK wird per 31. Dezember 2013 gekündigt und per 1. Januar 2014 in eine Sammelstiftung überführt. Eigentümer des ifa sind die Basellandschaftliche (BGV) sowie die Solothurnische Gebäudeversicherung (SGV) je zur Hälfte.

Rückversicherungsprogramm

Die bestehende Rückversicherungsdeckung im Feuer, Elementar- und Grundstückschadenbereich wird überprüft.

Kommunikationsstrategie

Die Kommunikationsstrategie trat per 1. Januar 2013 in Kraft.

IT Strategie

Die IT Strategie ist beschlossen und tritt in Kraft.

Unternehmenseckwerte	R 2009	R 2010	R 2011	R 2012
Anzahl Mitarbeitende	59	60	62	63
Versicherungskapital in Mia. CHF				
Feuer- / Elementarschaden	76,6	77,6	78,4	79,5
Wasserschaden	54,7	54,6	54,6	55,0
Schäden in % der Prämien				
Feuer und Elementar	60	10	77	50
Wasser	103	66	75	115
Gewinn/Verlust vor Rückstellungen. in TCHF				
Feuer und Elementar	3'759	22'204	7'281	9'639
Wasser	-2'507	4'817	3'877	-1'790
Bilanzsumme in Mio. CHF	573.99	573.53	564.64	591.15
Beiträge zum Brandschutz in TCHF	971	956	865	923
Subventionen Feuerwehr in TCHF	5'056,1	5'105,0	5'595,1	9'324,2

Beurteilung Zukunft: wichtige Entwicklungen der nächsten zwei bis drei Jahre bei der BGV

- Das Sachversicherungs-Gesetz wird überarbeitet.
- Das neue Präventions-Gesetz mit Brandschutzvorschriften (BEPG) wird voraussichtlich per 01.01.2016 in Kraft treten.
- Laufende Prozessoptimierungen: Der Verband Kantonalen Feuerversicherer vergleicht jährlich die Verwaltungskosten im Verhältnis zum Versicherungskapital der Kantonalen Gebäudeversicherungen. In der Statistik für das Jahr 2011 hatte die BGV die Spitzenposition mit den günstigsten Verwaltungskosten inne.

Beurteilung Zukunft: Umfeldentwicklung

- Wettbewerb Wasserschadenversicherung: Die Gebäudewasserschadenversicherung welche durch die BGV angeboten wird, wird verstärkt im Wettbewerb mit der Privatassekuranz stehen.
- Internationale Entwicklungen: Das Monopol wird immer wieder verteidigt werden müssen (Bsp. Dienstleistungsabkommen CH-EU).

Beurteilung Risiko aus Kantonssicht

Die Basellandschaftliche Gebäudeversicherung (BGV) ist eine selbstständige, öffentlich-rechtliche Institution, deren Monopol im Bereich der Feuer- und Elementarschadenversicherung für Gebäude und Grundstücke rechtlich verankert ist. Daneben hat sie einen Marktanteil von rund 70% auf dem Gebiet der Wasserversicherungen für Gebäude (Kanton BL) und erbringt Dienstleistungen und Subventionen in folgenden Bereichen: Brandschutz- und Elementarschadenprävention, Feuerwehrwesen, Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz. Die Haftung des Kantons ist per Gesetz ausgeschlossen, eine implizite Staatshaftung kann aber kaum ausgeschlossen werden (personelle Verflechtungen, Ernennung der Kontrollstelle, Kontrolle durch die Finanzkontrolle und die gesetzlich verankerte Monopolstellung liefern genügen Ansatzpunkte für eine Begründung). Die BGV ist finanziell gut aufgestellt und dürfte auch die Folgen grösserer Elementarereignisse abdecken können (die finanzielle Tragkraft wird periodisch durch Externe

geprüft). Eine allfällige Auflösung der Interkantonalen Risikogemeinschaft Elementar (IRG) würde eine Gefahr für die Tragkraft der BGV darstellen, ist zurzeit allerdings eher unwahrscheinlich. Bei einer Aufhebung der Monopolstellung bestünde das Risiko von nicht unerheblichen Mehrkosten für den Kanton.

Landratsgeschäfte 2012/2013

- Genehmigung des Jahresberichts durch den Landrat (LRV 2013-040_03)
- Neues Feuerwehrgesetz (LRV 2012-175)
- Wahl Verwaltungskommission der Basellandschaftlichen Gebäudeversicherung (LRV 2012-335)

3.1.2 Basellandschaftliche Kantonalbank (BLKB)

Beurteilung Geschäftsjahre 2012/2013: wichtige Entwicklungen bei der BLKB

- Mit einem Neugeldzuwachs von CHF 398,6 Mio. hat die BLKB im ersten Semester 2013 das Gesamtjahr 2012 (CHF 352,2 Mio.) bereits deutlich übertroffen.
- Der Erfolg aus dem Zinsengeschäft hat im ersten Semester 2013 gegenüber der Vorjahresperiode um 6,5% auf CHF 128,7 Mio. abgenommen. Hauptgründe für diesen Rückgang sind die anhaltende Nullzinspolitik der Schweizerischen Nationalbank, die hohen Absicherungskosten für Zinsänderungsrisiken und die verschärften Liquiditätsvorschriften
- Das gute Halbjahresergebnis 2013 erlaubt es der BLKB, den Reserven für allgemeine Bankrisiken CHF 35 Mio. zuzuweisen. Ihr Eigenmitteldeckungsgrad nach Basel III beträgt 221,4%, was einem Tier I von 17,7% entspricht. Damit ist die BLKB hervorragend kapitalisiert.
- Der Halbjahresgewinn ist nach der Äufnung der Reserven um 2,1% leicht auf CHF 47,6 Mio. gesunken.

Unternehmenseckwerte	R 2009	R 2010	R 2011	R 2012
Anzahl Mitarbeitende (FTE)	620	629	658	654
Kundengelder in Mio. CHF (in Spar- und Anlageform)	7'640	8'148	8'765	9'371
Veränderung zum Vorjahr	+15.9%	+6.6%	+7.6%	6.9%
Hypothekarforderungen in Mio. CHF	12'712	13'697	14'394	15'010
Jahresgewinn in Mio. CHF	106.3	108.9	109.0	111.9
Bilanzsumme in Mio. CHF	17'240	17'120	18'742	19'241
Gewinnablieferung an den Kanton in Mio. CHF	37.5	40.0	40.0	40.0
Tier 1 Ratio	17.3%	16.8	16.7%	16.7%
Cost Income Ratio	41.87%	43.35%	43.82%	43.40%

Beurteilung Zukunft: wichtige Entwicklungen der nächsten zwei bis drei Jahre bei der BLKB

Die BLKB wird ihre nachhaltige und risikokontrollierte Geschäftspolitik weiterführen. Es sind keine Aktivitäten geplant, die das Risikoprofil der BLKB wesentlich verändern.

Im Frühjahr 2014 wird das Geschäftsleitungsmitglied für den Geschäftsbereich „Private Kunden“ O. Cueni pensioniert. In diesem Zusammenhang wird die Zweckmässigkeit der Organisation überprüft. Insbesondere die rasch wachsende Zunahme der mobilen Bedürfnisse (e-banking, mobile banking) wird zu einer Veränderung der Betriebsorganisation führen. Die Investitionen im Bereich „Mobile Banking“ werden stark im Fokus stehen.

Der starke Kostendruck sowie die Zunahme der regulatorischen Anforderungen werden zu weiteren Steigerungen im Bereich Prozesseffizienz führen. In diesem Zusammenhang wird das Partnermanagement (mit welchen Partnern arbeitet die BLKB) stark an Gewicht zunehmen.

Beurteilung Zukunft: Umfeldentwicklung

Das Geschäftsmodell der BLKB als Universalbank steht im Moment vor zahlreichen Herausforderungen.

Das makroökonomische Umfeld, gekennzeichnet durch die Nullzins-Politik der SNB sowie einen stark boomenden Hypothekarmarkt stellen hohe Anforderungen an das Bankmanagement. Mit einem Ergebnisbeitrag von über 75% des Bruttogewinnes wirkt sich eine Verringerung des Zinsensaldos besonders stark auf den Reingewinn der BLKB aus. Im Umfeld einer Nullzinspolitik gerät die Zinsmarge insbesondere auf der Passivmarge deutlich unter Druck; dieser Margenschwund lässt sich nur schwer über die Ausweitung der Aktivmarge kompensieren. Eine Neutralisation dieses Margendrucks durch ein starkes Volumenwachstum ist für die BLKB keine Option. Auch im vergangenen Geschäftsjahr ist die BLKB, aufgrund ihrer vorsichtigen Risikopolitik leicht unter dem Marktwachstum CH geblieben. Auch in Zukunft wird die BLKB ein gesundes, nachhaltiges und qualitätsorientiertes Wachstum anstreben. Anhand einer konsequent risikoadjustierten Performancemessung macht die BLKB nur Geschäfte, aus denen nach Abzug von Prozess- und Risikokosten ein Gewinnbeitrag resultiert.

Auf regulatorischer Seite warten zahlreiche Anforderungen auf ihre Umsetzung.

Das neue Liquiditätsregime der FINMA, konkretisiert in einem FINMA-Rundschreiben, stellt hohe Anforderungen an die zukünftige Liquiditätsausstattung an Banken sowie an das qualitative Risikomanagement. Die Umsetzung dieser Anforderungen ist mit impliziten und expliziten Kosten verbunden. Die BLKB bereitet sich seit geraumer Zeit proaktiv auf diese neue Regulierung vor, z.B. in Form einer Teilnahme an einer „Qualitative Impact Study“ (QIS) der FINMA.

Erkenntnisse aus dieser Studie werden frühzeitig in die operative Steuerung einfließen.

Der noch unbewältigte Steuerkonflikt zwischen den Schweizer Banken und den USA sowie das durch die Schweiz zu ratifizierende FATCA.-Abkommen werden das Crossbordergeschäft der Banken nachhaltig beeinflussen. Die BLKB hat sich durch ihr fokussiertes Geschäftsmodell und ihre nachhaltige Strategie im Crossbordergeschäft erfolgreich auf den Paradigmawechsel in der grenzüberschreitenden Vermögensverwaltung vorbereitet.

Beurteilung Risiko aus Kantonssicht

Die BLKB ist in erster Linie im Kredit- und Zinsgeschäft tätig. Entsprechend finden sich die grössten Risiken für den Kanton als Haupteigentümer in diesem Bereich. Dabei gilt zu unterscheiden zwischen einem Kreditausfall im grössten Stil (wie dies bei der Berner oder Genfer Kantonalbank in der Vergangenheit vorgefallen ist) und dem Zinsänderungsrisiko, welches die Marge / den Gewinn der BLKB schmälert. Bei ersterem wäre der Kanton aufgrund seiner Staatsgarantie stark betroffen und müsste wohl entsprechendes Kapital einschiessen (vergleiche auch hier die Fälle Berner und Genfer Kantonalbank). Im zweiten Fall wäre tendenziell eher die Ausschüttung der BLKB an den Kanton tangiert. Neben dem Kredit- und Zinsgeschäft ist im momentanen Umfeld der Finanzwirtschaft das Thema Compliance von zentraler Bedeutung. Die Einhaltung von (internationalen) Gesetzen und Vorschriften ist zentral, eine Missachtung kann enorme Auswirkungen auf das Geschäft und den Eigentümer haben (als Beispiel hierfür kann die Bank Wegelin aufgeführt werden). Aus momentaner Betrachtung sind die oben aufgeführten Risiken zwar vorhanden und haben insbesondere im Bereich eines Kreditausfalls auch substantielle Bedeutung. Aufgrund der momentanen Lage an den Finanzmärkten, der Ausgestaltung der Bilanz der BLKB sowie den Wachstumszahlen des Kreditgeschäfts ist das Risiko momentan jedoch als gering zu betrachten. Dies widerspiegelt sich auch im momentanen Stand Alone (ohne Staatsgarantie des Kantons BL) Rating von S&P, welches mit AA- einen sehr hohen Wert in der momentanen Bankenlandschaft darstellt. Gleiches gilt für den Bereich Compliance. Hier ist die BLKB momentan sehr gut aufgestellt, mit den entsprechenden internen Kontroll- und Compliance Vorschriften. Es gilt aber aufgrund der schnellen Zyklen der Finanzbranche, die Risiken laufend zu überwachen und entsprechend neu zu beurteilen.

Landratsgeschäfte 2012/2013

- Jährliche Berichterstattung über Geschäftsgang, Eigenmittelsituation und Risikosituation an die Finanzkommission. Diese wiederum berichtet dem Landrat (LRV [2013-098](#))
- Wiederwahl des Bankrates der Basellandschaftlichen Kantonalbank (LRV [2013-225](#))
- Interpellation: Staatsgarantie der Kantonalbank (LRV [2013-255](#))

3.1.3 Basellandschaftliche Pensionskasse (BLPK)

Beurteilung Geschäftsjahre 2012/2013: wichtige Entwicklungen bei der BLPK

Im Zentrum stand die fachliche Unterstützung des Regierungsrates bei der Vorbereitung der LRV [2012/176](#) (Reform BLPK). BLPK-intern wurden die ersten Vorbereitungen im Hinblick auf das Inkrafttreten der Reform in Angriff genommen.

Unternehmenseckwerte	R 2009	R 2010	R 2011	R 2012
Anzahl Mitarbeitende (Personalbestand)	29	31	31	28
Anzahl Vollversicherte <i>Veränderung ggü. Vorjahr</i>	21'644 +2.6%	22'022 +1.75%	23'523 +6.8%	23'831 +1.3%
Versicherte Jahreslöhne in Mio. CHF <i>Veränderung ggü. Vorjahr</i>	1'187.9 +4.8%	1'208.4 +1.7%	1'331.0 +10.1%	1'357.4 2.0%
Deckungsgrad, konsolidiert (per Ende Jahr)	78.8%	77.2%	76.8%	80.1%
Gewinn/Verlust in TCHF	138'632	-163'384	-151'458	133'067
Bilanzsumme in TCHF	4'955'811	5'061'709	5'493'381	5'867'718
Tarif und techn. Zinssatz (Leistungsprimat)	EVK 2000, 4.0%	EVK 2000, 4.0%	EVK 2000, 4.0%	EVK 2000; 4.0%

Beurteilung Zukunft: wichtige Entwicklungen der nächsten zwei bis drei Jahre bei der BLPK

Das am 22. September 2013 vom Baselbieter Stimmvolk angenommene Pensionskassengesetz beinhaltet neben der Ausfinanzierung der BLPK auf 100% (System der Vollkapitalisierung) auch die Umwandlung der Kasse in eine Sammeleinrichtung sowie den Wechsel vom Leistungs- zum Beitragsprimat. Neu soll zudem jeder angeschlossene Arbeitgebende ein eigenes Vorsorgewerk bilden und entsprechend den Bedürfnissen und finanziellen Möglichkeiten nebst dem Vorsorgeplan des Kantons eine Auswahl aus einer beschränkten Anzahl von Vorsorgeplänen im Beitragsprimat treffen dürfen. Die Pensionskasse hat bis am 31.12.2014 Zeit, die notwendigen Anpassungen vorzunehmen. Deshalb stehen die Umsetzungsarbeiten zum neuen Pensionskassengesetz und zum neuen Pensionskassendekret im Zentrum der Jahre 2014 und teilweise im 2015. Die BLPK hat diese Anpassungen zusammen mit den über 200 angeschlossenen Arbeitgebern durchzuführen.

Beurteilung Zukunft: Umfeldentwicklung

Aufgrund der Prognosen ist auch weiterhin mit tiefen Anlageerträgen und einer weiter ansteigenden Lebenserwartung zu rechnen. Einer allfälligen weiteren Anpassung der Anlagestrategie und der versicherungstechnischen Parameter (Tarif und technischer Zinssatz) ist deshalb besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Es kann davon ausgegangen werden, dass sich dieser Zinssatz, wegen des tiefen Zinsniveaus und der tiefen Anlageerträge, im Bereich von 2.5 – 3% einpendeln wird.

Aufgrund der vom Bund im Rahmen der Altersvorsorge 2020 vorgesehenen Anpassungen bei der 1. und obligatorischen 2. Säule ist davon auszugehen, dass diese auch Auswirkungen auf die BLPK haben. Konkrete Beschlüsse wurden beim Bund jedoch noch nicht gefasst. Als umhüllende Kasse hat die BLPK aber bereits heute erste Massnahmen beschlossen (z.B. Erhöhung des Rentenalters für Frauen und Männer auf 65 sowie die Senkung des Umwandlungssatzes).

Die berufliche Vorsorge ist seit zehn Jahren mit einem Rückgang der durchschnittlichen Kapitalrendite konfrontiert. Der Zinssatz der 10-jährigen Bundesobligationen sank seit dem Jahr 2000 von rund 4% auf das Rekordtief von 0.5% gegen Ende 2012 und liegt derzeit (Oktober 2013) wieder etwas über 1%. Die durchschnittliche jährliche Rendite des Pictet BVG-Indexes 2005 BVG-25 plus, der in etwa ein typisches Anlageportfolio einer Schweizer Vorsorgeeinrichtung abbildet, betrug im gleichen Zeitraum knapp 3.25%. Die Situation wird verschärft durch die stetige Erhöhung der Lebenserwartung, welche zur Folge hat, dass das Deckungskapital auf eine längere Zeitperiode aufgeteilt werden muss. Die Entwicklung der finanziellen Lage von Vorsorgeeinrichtungen ist mit Unsicherheiten behaftet und hängt im Wesentlichen von der mittel- bzw. langfristigen Entwicklung der Finanzmärkte ab. In dieser Hinsicht hat die Schuldenkrise die Ungewissheit verschärft. Seit Ende 2011 hat sich zwar die finanzielle Lage der Vorsorgeeinrichtungen etwas verbessert. Trotz dieser Stabilisierung kann noch keine Entwarnung gegeben werden. Die weltwirtschaftliche Lage mit den noch ungelösten Problemen der hohen Staatsverschuldung dies- und jenseits des Atlantiks könnten die Volatilität an den Finanzmärkten wieder erhöhen und sich negativ auf die Finanzerträge von Vorsorgeeinrichtungen auswirken.

Beurteilung Risiko aus Kantonssicht

Mit der Reform des Pensionskassengesetzes (welches am 22. September vom Volk gutgeheissen wurde) ist die Basellandschaftliche Pensionskasse auf eine neue Grundlage gestellt worden. Die Anpassungen in den vier Schwerpunktbereichen Bundesrecht, Institutionelle Reformen, Ausfinanzierung der BLPK sowie Umstellung auf das Beitragsprimat führen zu wesentlichen Verbesserungen der Risikosituation im Allgemeinen (siehe hierzu LRV 2012-176). Basierend auf der neuen Ausgangslage konzentriert sich das Risiko insbesondere auf das Asset Management der Pensionskassen-Anlagen. Dementsprechend wird die Vermögensverwaltung eine grosse Herausforderung für die Pensionskasse darstellen. Weitere Risiken lassen sich aufgrund des aktuellen Sanierungsprozesses noch nicht abschliessend beurteilen. Daher ist es sinnvoll, in periodischen Abständen eine Aktualisierung der Risiken im Bereich der Pensionskasse vorzunehmen.

Landratsgeschäfte 2012/2013

- Jahresbericht 2012 der Basellandschaftlichen Pensionskasse (LRV [2013-177](#))
- Garantieleistung des Kantons gegenüber den angeschlossenen Arbeitgebenden der BLPK im Zusammenhang mit der Reform der beruflichen Vorsorge des Personals des Kantons Basel-Landschaft (LRV [2012-176](#)) (LRV 2013-231)
- Formulierte Gemeindeinitiative "Ausfinanzierung der Basellandschaftlichen Pensionskasse", Gültigkeitserklärung (LRV [2013-262](#))
- Gesetz und Dekret über die Durchführung der beruflichen Vorsorge durch die Basellandschaftliche Pensionskasse (LRV [2012-176](#))
- Motion: Sanierung BLPK und die Gemeinden (LRV [2013-152](#))
- Postulat: Alternative Sanierung BLPK (LRV [2013-310](#))
- Postulat: Verkürzung Kündigungsfrist auf 6 Monate bei BLPK ([2012-351](#))
- Interpellation: Basellandschaftliche Pensionskasse und Rohwarenfonds (LRV [2013-064](#))
- Interpellation: Aufhebung der Staatsgarantie für die Basellandschaftliche Pensionskasse (LRV [2013-258](#))

3.1.4 Sozialversicherungsanstalt Basel-Landschaft (SVA)

Beurteilung Geschäftsjahre 2012/2013: wichtige Entwicklungen bei der SVA

- Das Umsatzwachstum der SVA BL hat sich im letzten Jahr etwas verlangsamt. Die AHV-Beiträge gingen aufgrund der insgesamt tieferen AVH-pflichtigen Lohnsumme etwas zurück. Die Leistungen nahmen leicht zu, was sich sowohl mit höheren Fallzahlen als auch teilweise mit höheren Fallkosten begründet. Der Aufwand der SVA ist trotz Zunahme des Mitarbeitenden-Bestandes stabil geblieben. Mit einem kleinen Gewinn in der Grössenordnung der Vorjahre präsentiert sich die Rechnung praktisch ausgeglichen.
- Im Bereich Beiträge der Ausgleichskasse (AK) waren im Zusammenhang mit der 11. AHV Reform ("Minireform") und mit neuen EU Richtlinien zahlreiche kleinere gesetzliche Änderungen zu vollziehen.
- Im Bereich Ergänzungsleistungen der AK mussten bei Neuanmeldungen und Mutationen erneut gestiegene Fallzahlen verarbeitet werden. Als Reaktion auf den festgestellten, kaum gebremsten Kostenanstieg in der EL wurde eine kantonale, direktionsübergreifende EL Kommission unter der Leitung der FKD ins Leben gerufen. Sie wird Vorschläge zur Kosteneindämmung und verbesserten Steuerung der Ausgaben in der EL erarbeiten.
- Im Bereich Individuelle Prämienverbilligung (IPV) der AK führte die per Anfang 2012 erhöhte Subventionsgrenze erstmals seit 5 Jahren wieder zu einem deutlichen Ausgabenrückgang. Die Vorbereitungsarbeiten zur Einführung der Direktzahlung der IPV an den Krankenversicherer per 01.01.2014 laufen auf Hochtouren.
- In der IV Stelle stand und steht die Revision 6a des IV Gesetzes im Zentrum: Dabei galt es u.a., eine Beurteilung des IV Rentnerbestandes in Bezug auf Durchführbarkeit der eingliederungsorientierten Rentenrevision (EORR) und auf Anwendbarkeit der sog. Schlussbestimmungen vorzunehmen und daraus erste konkrete Fälle für die weitere Bearbeitung zu ermitteln. Dieser über fünf Jahre angelegte Prozess wird im 2013 konsequent weitergeführt.
- Ein wichtiges Vorhaben der IV, das im 2012 abgeschlossen werden konnte, ist das IV Projekt "Dauer der Fallbearbeitung". Die Durchlaufzeit, also die Zeitdauer zwischen Gesuch und Entscheid, ist ein wesentlicher Faktor für die Zufriedenheit der Kunden. Diverse abteilungsinterne und -übergreifende Verbesserungsmaßnahmen wurden in die Wege geleitet. Die Palette reicht von Veränderungen im Arbeitsablauf über Änderungen beim Visum bis zur geplanten Steigerung von RAD-internen Untersuchungen.
- Im Sommer 2012 konnte der Erweiterungsbau der SVA BL bezogen werden. Dank diesen zusätzlichen, modernen und zweckmässigen Räumlichkeiten arbeiten sämtliche Mitarbeitende der SVA nun unter einem Dach. Damit ist die SVA als Kompetenzzentrum für Sozialversicherungen in der Lage, ihre vielschichtige Leistungspalette örtlich konzentriert zur Verfügung zu stellen. Von der Möglichkeit der direkten, persönlichen Beratung in Binningen machten im 2012 rund 7'500 Personen Gebrauch. Das Beratungsangebot umfasst seit Anfang 2012 auch einen elektronischen Newsletter.

Unternehmenseckwerte	R 2009	R 2010	R 2011	R 2012
Anzahl Mitarbeitende	227	239	240	244
Beiträge AHV in Mio. CHF	309.2	312.6	327.9	322.3
Beiträge ALV in Mio. CHF	49.0	49.6	57.1	57.5
Renten AHV in Mio. CHF	492.5	507.8	529.1	542.2
Renten IV in Mio. CHF	111.4	111.2	111.2	108.1
EL AHV in Mio. CHF	73.1	82.7	96.1	92.6
EL IV in Mio. CHF	60.7	63.0	66.7	75.1
KK EL in Mio. CHF ¹⁾	8.6	11.5	12.0	13.7
Individuelle Prämienverbilligung in Mio. CHF	97.4	121.1	125.4	118.0
Erträge in Mio. CHF	12.75	13.35	14.74	14.63
Davon Beiträge BL		5.72	6.25	6.48
Aufwand in Mio. CHF	12.72	13.31	14.68	14.68
Gewinn/Verlust in Mio. CHF	0.03	0.04	0.06	0.05
Bilanzsumme in Mio. CHF	21.99	22.21	33.59	39.86
Eigenfinanzierungsgrad	51%	52%	46%	46%
Anlagedeckungsgrad 1	57%	56%	54%	56%
Anlagedeckungsgrad 2	103%	100%	111%	117%

1) Krankheits- und Behinderungskosten

Beurteilung Zukunft: wichtige Entwicklungen der nächsten zwei bis drei Jahre bei der SVA

- Bei der gegebenen wirtschaftlichen Entwicklung und den sich nur langsam verändernden politisch-rechtlichen Rahmenbedingungen wird ein weiteres leichtes Umsatzwachstum für die SVA erwartet. Während die Beiträge in etwa auf dem aktuellen Niveau stagnieren oder nur ganz leicht zunehmen werden, dürften die Leistungen weiter anwachsen. Diese Zunahme begründet sich wie schon in den letzten Jahren mit den insgesamt steigenden Fallzahlen (Anzahl Bezüger und Anzahl bezogene Leistungen) und den in den meisten Sparten nach wie vor noch zunehmenden Fallkosten (pro Bezüger bzw. pro bezogene Leistung).
- In der IV stehen insbesondere die Stabilisierung der Neurentenquote, die sich auf dem tiefsten Niveau seit 10 Jahren befindet, und die Weiterführung der umfangreichen Massnahmen zur Wiedereingliederung von IV-Rentnerinnen und –Rentnern im Vordergrund.
- Diverse Massnahmen aus dem Entlastungspaket und andere Vorhaben des Kantons (Vermögensverzehr in der EL, IPV junge Erwachsene, neue Berechnungsgrundlagen für Subventionen, Altersleitbild, Familienfragen, Behindertenkonzept beider Basel, etc.) betreffen die SVA BL unmittelbar. Hier wird die Zusammenarbeit aktiv weitergeführt und z.T. sicher noch intensiviert.
- In der Ausgleichskasse wird auf kantonaler Ebene die Kosteneindämmung und verbesserte Steuerung der Ausgaben in der EL ein zentrales Thema bleiben. Eine wesentliche Neuerung per 01.01.2014 wird die Direktzahlung der Individuellen Prämienverbilligung an die Krankenversicherer sein. Auf Bundesebene bleibt das Thema "Register" aktuell: Es wird der Aufbau eines gesamtschweizerischen EL-Registers angestrebt und die Optimierung der in den letzten Jahren eingeführten Register in der EO und bei den Familienzulagen wird weitergehen.
- In den von der SVA BL abgedeckten Sozialversicherungsbereichen stehen in den nächsten Jahren keine grösseren Gesetzesrevisionen an. Nach dem Wachstum der letzten Jahre konzentriert sich die SVA im Sinne einer Konsolidierung daher zum einen auf die kontinuierliche Weiterentwicklung und Optimierung der Geschäftsprozesse und zum anderen auf die jederzeit gesetzeskonforme Durchführung. Letzteres beinhaltet auch eine kundenorientierte Rechtspflege bei Erlass und Vollzug sowie die regelmässige Überprüfung und Verbesserung der bestehenden Massnahmen zur Bekämpfung von Versicherungsmissbrauch (BVM).
- In seiner Funktion als Kompetenzzentrum wird die SVA BL in den nächsten Jahren seine Dienstleistungen für die verschiedenen Anspruchsgruppen bedarfsgerecht weiter entwickeln, sei es mit gezielten Serviceangeboten für seine Kunden und Versicherten oder mit dem weiteren Ausbau der Zusammenarbeit mit seinen zahlreichen Partnern.

Beurteilung Zukunft: Umfeldentwicklung

Bei der Entwicklung des rechtlichen Umfelds auf Bundesebene steht für die Ausgleichskasse das Vorhaben "Reform Altersvorsorge 2020" im Zentrum. Es ist noch nicht absehbar, ob einzelne Aspekte vorgezogen werden und wann sich daraus konkrete Änderungen für den Vollzug in den Durchführungsstellen ergeben. In der IV sind nach dem Scheitern der Revision 6b vorerst keine grösseren rechtlichen Veränderungen zu erwarten. Im Vordergrund stehen hier vor allem die langfristige Entschuldung der IV (2017 läuft die Zusatzfinanzierung über die MWSt aus) und daraus zu erwartende Massnahmen, welche auf den Durchführungsstellen umzusetzen sein werden.

In wirtschaftlicher Hinsicht profitieren die Sozialwerke insgesamt – und damit auch die SVA BL – von dem im internationalen Vergleich sehr günstigen konjunkturellen Umfeld in der Schweiz und der damit verbundenen tiefen Arbeitslosigkeit. Diese grundsätzlich positive Situation darf aber nicht über die unabwendbar eintretenden Wirkungen der demographischen Entwicklung hinwegtäuschen. Hier wird die Alterspolitik mehr und mehr gefordert. Und die Beantwortung der Frage, welche Lebenssituation / Lebensqualität wir künftig unseren Betagten und Hochbetagten ermöglichen wollen und können, wird immer wichtiger. Der Kanton Basel-Landschaft wird in dem Zusammenhang besondere Herausforderungen zu bewältigen haben, verzeichnet er doch aktuell schon den zweithöchsten Altersquotienten der Schweiz.

In jedem Fall sind sowohl auf der Finanzierungsseite als auch auf der Leistungsseite dringend Anstrengungen zu unternehmen, um die Sozialwerke langfristig zu sichern. Dies gilt auf Bundes- (AHV, IV) wie auf kantonaler Ebene (EL, IPV). In diesem Zusammenhang wird erwartet, dass auch die Anforderungen an die Kostentransparenz und an die Wirtschaftlichkeit in der Durchführung der 1. Säule weiter steigen werden. Für die SVA BL bedeutet das, dass sie sich im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten vermehrt auch an betriebswirtschaftlichen Grundsätzen ausrichtet.

Eine grosse Bedeutung haben die Entwicklungen in unserem Gesundheitssystem und die technologischen Fortschritte. Sie fördern u.a. eine längere Lebensdauer, bessere Lebensqualität im Alter sowie neue Behandlungsmöglichkeiten bei physischen und psychischen Beeinträchtigungen. Begleitet von einem gesellschaftlichen Wertewandel, äussert sich dieser Fortschritt auch in einer zunehmenden Medikalisierung individueller Befindlichkeitsstörungen. In der Folge werden die Anforderungen an die von den Sozialversicherungen zu erbringenden Leistungen zunehmen – mit entsprechenden Kostenfolgen.

Eine grosse Herausforderung für alle Durchführungsstellen der 1. Säule und in der Sozialversicherung stellt schon heute die enorme Regelungsdichte dar. Hier wird erwartet, dass die Kontroll- / Steuerungs- und Regulierungsbemü-

hungen der politischen Behörden weiter zunehmen. Gleichzeitig erhält die Rechtsprechung immer mehr Gewicht für die praktische Durchführung, was es teilweise sehr anspruchsvoll macht, einen effizienten, wirtschaftlichen und kundenorientierten Vollzug zu gewährleisten. Dies hat nicht zuletzt auch Konsequenzen auf die Qualifikationen, welche die Mitarbeitenden der SVA BL künftig erfüllen müssen. Es wird zunehmend schwieriger werden, geeignete Fachkräfte zu rekrutieren, aufzubauen und zu halten. Der heute schon feststellbare Fachkräftemangel ("war for talents") wird sich dadurch auch für die SVA BL verschärfen.

Beurteilung Risiko aus Kantonssicht

Die Sozialversicherungsanstalt Basel-Landschaft umfasst die kantonale AHV-Ausgleichskasse, die Familienausgleichskasse des Kantons, die IV-Stelle und den regionalen ärztlichen Dienst (RAD). Während im Rahmen der AHV und IV Verwaltungsaufgaben wahrgenommen werden, wird die Familienausgleichskasse selbst betrieben. Die allgemein beobachtbare zunehmende Klagefreudigkeit sowie die kommenden Anpassungen an AHV und IV (6. IV-Revision, Leistungskürzungen) lassen eine weitere Zunahme von Einsprachen & Rekursen erwarten. Die SVA bildet ihre Sachbearbeiter diesbezüglich aus und beschäftigt 9 Juristen. Ein Risiko für die SVA stellt auch der Verlust eines Grosskunden dar (aktuelle Beispiele: KSBL und PBL). In der Folge muss die SVA sicherstellen, dass im Folgejahr kein massgeblicher Verlust in der Verwaltungskostenrechnung entsteht. Eine mögliche Kostenüberwälzung auf den Kanton kann weitgehend ausgeschlossen werden, da die allgemeinen Reserven in der Bilanz der Ausgleichskasse ausreichen, um negative Jahresergebnisse aufzufangen und nicht mit negativen Ergebnissen über mehrere Jahre zu rechnen ist.

Landratsgeschäfte 2012/2013

- Jahresbericht 2012 der Sozialversicherungsanstalt Basel-Landschaft (LRV [2013-040_01](#))
- Regelung des Datentransfers für die Auszahlung der Prämienverbilligung an die Krankenversicherer - Änderung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung (LRV [2013-280](#))
- Anpassung Ergänzungsleistungen zur AHV und IV (Vermögensverzehr) (LRV [2013-202](#))
- Neuregelung des Anspruchs auf Prämienverbilligung für junge Erwachsene; Änderung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung (LRV [2013-066](#))

3.2 Beteiligungen, die der VGD zugeordnet sind

3.2.1 Kantonsspital Baselland (KSBL)

Beurteilung Geschäftsjahre 2012/2013: wichtige Entwicklungen beim Kantonsspital Baselland

Die rückwirkende Gründung des Kantonsspitals Baselland und die damit verbundene Überführung der drei bisher unabhängigen Kantonsspitäler und der Zentralwäscherei zu einer öffentlich-rechtlichen Institution - dem Kantonsspital Baselland – standen im ersten Geschäftsjahr im Zentrum der Tätigkeiten. Zudem traten per 01.01.12 die Einführung der Fallpreispauschalen nach Swiss DRG und die damit verbundene Änderung der Finanzierung im Bereich der stationären Patientenversorgung in Kraft.

Unternehmenseckwerte	R 2009	R 2010	R 2011	R 2012
Anzahl Mitarbeitende (FTE)				3'480 (2'752)
G-Leistungen in Mio. CHF				13.19
Fallpauschale in Mio. CHF				124.39
Pflegetage (total)				250'842
Case Mix Index				0.969
Jahresergebnis in CHF				1'515'000
Bilanzsumme in TCHF				334'332
Anlagedeckungsgrad 1				66.6%
Anlagedeckungsgrad 2				153.1%
Eigenfinanzierungsgrad				37.2%
Liquiditätsgrad II				265.8%

Beurteilung Zukunft: wichtige Entwicklungen der nächsten zwei bis drei Jahre beim Kantonsspital Baselland

- Das KSBL als ein Unternehmen: Der angestrebte Erfolg ist nur zu erreichen, wenn das Standortdenken überwunden werden kann und das KSBL als einheitliches Unternehmen gelebt wird. Bekanntlich ist im Fusionsprozess der Weg zu einer einheitlichen Unternehmenskultur ein langer. Mit einem auf die Mitarbeitenden ausgerichteten Changemanagement soll die gemeinsame Kultur gefördert werden.
- Positionierung am Markt: Mit drei aufeinander abgestimmten Leistungsprofilen positioniert sich das KSBL mit den drei Standorten erfolversprechend. Die Profile nutzen die standortspezifischen Vorteile. Sie fördern die sinnvolle Zusammenarbeit zwischen den Standorten und schaffen die Voraussetzung für höchstmögliche Qualität in der Leistungsversorgung. Die Strategie orientiert sich am Spitalgesetz und an der Eignerstrategie, welche die Aufrechterhaltung aller drei Standorte und die Schaffung überregionaler attraktiver Leistungsbereiche fordert. Die Grundversorgung, angepasst an den kantonalen Leistungsauftrag, ist an allen drei Standorten garantiert.
- Leistungsauftrag: Das KSBL verfügt auf der Basis der geltenden gesetzlichen Bestimmungen (Bundesgesetz über die Krankenversicherung, Spitalgesetz und Spitalliste des Kantons BL) über einen Leistungsauftrag des Standortkantons BL, der alle für die Leistungserbringung relevanten Bereiche umfasst. Beim Erlass der Spitalliste sind für einzelne Teilbereiche nur befristete Leistungsaufträge erteilt worden. Hier geht es auch für das KSBL darum, in den nächsten Jahren mit der Erfüllung der entsprechenden Anforderungen diese Leistungsaufträge definitiv zu erlangen.
- Tarifrisko: Mit einzelnen Versicherern konnten auch im Rahmen der neuen Spitalfinanzierung erfreulicherweise neue Tarifverträge abgeschlossen werden. Die unterschiedlichen Interessen führten bisher aber schweizweit dazu, dass einzelne Tarife noch nicht definitiv festgelegt werden konnten und deshalb auch für das KSBL langwierige Tariffestsetzungsverfahren durchzuführen sind. Das führt zu grösseren Unsicherheiten bei der Ertragsicherung des Unternehmens. Sollten die Fallpreispauschalen inskünftig nicht (mehr) kostendeckend sein, müssten allenfalls die Zahlungen des Kantons für gemeinwirtschaftliche Leistungen – wie in anderen Kantonen – erhöht werden.

Beurteilung Zukunft: Umfeldentwicklung

- Verdrängungswettbewerb unter den Leistungserbringern: Die Überversorgung in der Region Nordwestschweiz führt zu einem verstärkten Verdrängungswettbewerb. Daraus abzuleiten ist ein immer stärker werdender Kostendruck. Das KSBL wird die Prozesse permanent optimieren und entsprechend an die Gegebenheiten anpassen.
- Verlagerung vom stationären in den ambulanten Bereich: Die Entwicklung von der stationären Behandlung hin zur ambulanten Versorgung wird sowohl medizinisch verstärkt gefordert, als auch vom Markt (den Patienten) gewünscht. Dies wiederum hat eine Prozessanpassung in der Kette der Leistungserbringung zur Folge und nicht zuletzt auch eine Anpassung der Infrastruktur.

Beurteilung Risiko aus Kantonssicht

Das Gesundheitswesen ist eine stark regulierte Branche, welche sich momentan in einer Zwischenphase befindet. Veränderungen / Unsicherheiten bezüglich der Tarifstrukturen sind weiterhin von Bedeutung, auch wenn nicht mehr so aktuell wie vor der Einführung von Swiss DRG. Hier besteht weiterhin eine grosse Unsicherheit insbesondere in Bezug auf die Base Rates. Aufgrund des grossen / umfassenden Leistungsauftrages besteht in erhöhtem Masse das Risiko, dass die Tarife unter Swiss DRG für das KSBL zu niedrig ausfallen können. Dies aufgrund der Tatsache, dass das KSBL (analog zu Universitätsspitalen) keine vollständige Risikoselektion vornehmen kann (verzichten auf Notfallaufnahme, weiterleiten von schweren Komplikationen etc.). Die Refinanzierung der Infrastruktur steht in engem Zusammenhang mit den Tarifstrukturen. Es besteht die Gefahr, dass die Vergütungen der Krankenkassen nicht ausreichend sind, um die effektiven Infrastrukturkosten zu decken. Geplant ist zudem die Finanzierung der langfristigen Infrastruktur über den Kapitalmarkt. Da dies Neuland für die Spitäler wie die Kapitalgeber ist, kann nicht abgeschätzt werden wie und ob dieser Markt spielt.

Landratsgeschäfte 2012/2013

- Geschäftsbericht und Jahresrechnung des Kantonsspitals Baselland für das Betriebsjahr 2012 (LRV [2013-193](#))
- Kein Regierungsrat im Spital-Verwaltungsrat (LRV [2013-018](#))
- Stellungnahme des Regierungsrates zum Bericht der Geschäftsprüfungskommission an den Landrat betr. Abklärungen zu Schwerpunktthemen im Bereich der Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion (LRV [2013-044](#))
- Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen und besonderen Leistungen des Kantonsspitals Baselland, der Psychiatrie Baselland und der Privatspitäler Baselland für das Jahr 2013 (Postulat Marie-Theres Beeler (2012-124) (LRV [2013-092](#)))
- Verpflichtungskredit Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen und besonderen Leistungen des Kantonsspitals Baselland für die Jahre 2014 bis 2016 (LRV [2013-355](#))
- Projekt "Neubauten Bruderholz" (Bauprojekt "Schicht um Schicht"); Aufhebung der Verpflichtungskredite und Abrechnung - Bericht der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission vom 14. Mai 2013 / Mitbericht der Bau- und Planungskommission vom 14. Mai 2013 (LRV [2012-381](#))
- Motion: Harmonisierung der Spitalisten in den Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt (LRV [2012-279](#))
- Motion: Eignerstrategie für unsere Kantonsspitäler (LRV [2012-070](#))
- Postulat: Regionales Fachwissen und Corporate Governance im Verwaltungsrat des Kantonsspitals Baselland (LRV [2013-305](#))
- Postulat: Mehr Qualitäts-Wettbewerb bei den Spitalen? (LRV [2013-241](#))
- Postulat: Für ein zukunftsweisendes Spitalkonzept betreffend Universitätsspital beider Basel (LRV [2012-248](#))
- Interpellation: Wo kommen die Laufentaler Kinder zur Welt? (LRV [2013-435](#))
- Interpellation: Fallpauschalen mit blutigen Folgen? (LRV [2013-434](#))
- Interpellation: Standortfrage und Bedarfsabklärung der Kantonsspitäler Baselland (LRV [2013-316](#))
- Interpellation: Berichterstattung zur bisherigen Betriebserfahrung der Interventionellen Kardiologie, Kantonsspital Baselland in Liestal (LRV [2012-302](#))
- Interpellation: Zweiklassen-Medizin (LRV [2012-082](#))
- Interpellation: Verhalten der Spitaldirektoren vor der Abstimmung zum Spitalgesetz (LRV [2012-068](#))
- Parlamentarische Initiative: Betriebsstandorte der Kantonsspitäler (LRV [2013-329](#))

3.2.2 Psychiatrie Baselland (PBL)

Beurteilung Geschäftsjahre 2012/2013: wichtige Entwicklungen bei der PBL

Per 1. Januar 2012 traten auf gesetzgeberischer Stufe im schweizerischen Gesundheitswesen einschneidende Änderungen in Kraft, welche sich auch auf die Psychiatrie Baselland auswirkten. Die wichtigsten Änderungen waren:

- Die Ablösung der bisherigen Objektfinanzierung durch eine leistungsbezogene dual-fixe Finanzierung im stationären Bereich mit Einschluss der Abgeltung der Anlagekosten sowie die Abgeltung der gemeinwirtschaftlichen und besonderen Leistungen durch den Kanton.
- Eine Spitalplanung, die sich auf den prognostizierten Bedarf ausrichtet.
- Die Erteilung von Leistungsaufträgen an öffentliche und private Spitäler nach den Kriterien der Wirtschaftlichkeit und der Qualität.
- Die schweizweite, freie Spitalwahl der Grundversicherten. Ist die ausserkantonale Behandlung teurer als die gleiche Behandlung im eigenen Wohnkanton, werden Patientinnen und Patienten zur Übernahme der Mehrkosten verpflichtet.
- Einführung des Rechnungslegungsstandards Swiss GAAP FER (Fachempfehlung zur Rechnungslegung). Die normierten Vorschriften des Standards gewährleisten eine einheitliche Anwendung in Buchführung und Darstellung der Bilanz und Erfolgsrechnung, wodurch eine verbesserte Transparenz in der Jahresrechnung erreicht wird.

GAV-Verhandlungen/Pensionskasse BLKB: Aufgrund der Verselbstständigung der Psychiatrie Baselland wurden mit den entsprechenden Arbeitnehmerorganisationen erste Gesamtarbeitsvertragsverhandlungen aufgenommen. Für die Ausfinanzierung der auf die Mitarbeitenden der Psychiatrie Baselland entfallende Deckungslücke der Basellandschaftlichen Pensionskasse (BLPK) ist gemäss Spitalgesetz vom 17. November 2011 §12 Abs. 5 der Kanton Basel-Landschaft verantwortlich.

Überwachungsaudit ISO 9001:2008: Am 15. Mai 2012 bestand die Psychiatrie Baselland das durch die Firma SGS (Société Générale De Surveillance SA) durchgeführte Überwachungsaudit nach der ISO Norm 9001:2008 erfolgreich. Die PBL erhielt die Bestätigung, dass ihr Qualitätsmanagement-System stetig weiterentwickelt und aktiv gelebt wird. Die Auditoren lobten die klar strukturierten, gut dokumentierten und umgesetzten Prozesse sowie die offene und transparente Kommunikation aller auditierten Personen.

Unternehmenseckwerte	R 2009	R 2010	R 2011	R 2012
Anzahl Mitarbeitende (FTE)				931 (719)
G-Leistungen in Mio. CHF				5.74
Fallpauschale in Mio. CHF				27.06
Pflegetage				88'903
Jahresergebnis in CHF				945'000
Bilanzsumme in CHF				58'672'000
Anlagedeckungsgrad 1				22.6%
Anlagedeckungsgrad 2				131.2%
Eigenfinanzierungsgrad				14.1%
Liquiditätsgrad II				202.6%

Beurteilung Zukunft: wichtige Entwicklungen der nächsten zwei bis drei Jahre bei der PBL

- Anhaltende Tarifunsicherheit: Die Entwicklung der Erträge ist aufgrund der anhaltenden Tarifunsicherheit in den stationären wie auch in den ambulanten Aufgabenbereichen schwierig einzuschätzen. Mit tarifsuisse ag, welche ca. 70% der Krankenversicherungen der Patientinnen und Patienten der Psychiatrie Baselland abdeckt, konnte keine Einigung über die Tarife 2012 und 2013 erzielt werden. Die Tarife mussten vom Kanton festgesetzt werden.
- Projekt TARPSY (künftiges Tarifsysteem Psychiatrie): Die Psychiatrie Baselland beteiligte sich im Jahr 2012 aktiv als Referenzklinik im Projekt TARPSY und leistet damit einen Beitrag zur Entwicklung eines leistungsorientierten, gesamtschweizerischen Tarifsystems. Das neue Tarifsysteem TARPSY soll voraussichtlich per 1.1.2016 (tatsächlicher Zeitpunkt offen) eingeführt werden und zu einer leistungsbezogenen, transparenten Abgeltung führen. Damit kommen neue Herausforderungen auf die Psychiatrie Baselland zu.
- Im neuen Umfeld der kantonsunabhängigen Spitalwahl für Grundversicherte steigt die Konkurrenz und damit der Anspruch auf hohe Qualität und gleichzeitig tiefe Preise.

Beurteilung Zukunft: Umfeldentwicklung

- Die anhaltende Tarifunsicherheit könnte sich auf die durch den Kanton zu finanzierenden Kosten auswirken.

- Das Jahr 2012 hat die Psychiatrie Baselland vor neue Aufgaben gestellt. In den ersten Monaten, rasch nach der Öffnung der Kantonsgrenzen, ist die Psychiatrie Baselland verselbstständigt worden. Sorgen um die Belegung der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie waren aber unbegründet. Im vergangenen Jahr war die Klinik gut ausgelastet. So hat sich die Psychiatrie Baselland mit ihren Angeboten und ihren neuen Strukturen auf dem neu geöffneten Markt gut behaupten können.

Beurteilung Risiko aus Kantonssicht

Das Gesundheitswesen ist eine stark regulierte Branche. Momentan laufen die Bestrebungen über die Einführung von neuen Tarifstrukturen in der Psychiatrie. Veränderungen / Unsicherheiten bezüglich der zukünftigen Tarifstrukturen (TARPSY) sind daher von zentraler Bedeutung. Hier besteht eine grosse Unsicherheit über deren Ausgestaltung. Aufgrund des grossen / umfassenden Leistungsauftrages besteht in erhöhtem Masse das Risiko, dass die Tarife unter TARPSY nicht den effektiven Kosten entsprechen. Werden in Zukunft weniger Leistungen durch die Krankenkassen abgegolten, hätte dies entsprechende Mindereinnahmen zur Folge. Bei gleichbleibenden gemeinwirtschaftlichen Leistungen (GWL) des Kantons würde diese wohl teurer werden, bzw. gewisse Leistungen müssten durch den Kanton finanziert werden, welche vorher durch die Kassen finanziert wurden. Die Refinanzierung der Infrastruktur steht in engem Zusammenhang mit den Tarifstrukturen. Es besteht die Gefahr, dass die Vergütungen der Krankenkassen nicht ausreichend sind, um die effektiven Infrastrukturkosten zu decken. Geplant ist zudem die Finanzierung der langfristigen Infrastruktur über den Kapitalmarkt. Da dies Neuland für die Spitäler wie die Kapitalgeber ist, kann momentan nicht abgeschätzt werden wie und ob dieser Markt tatsächlich spielt.

Landratsgeschäfte 2012/2013

- Geschäftsbericht und Jahresrechnung der Psychiatrie Baselland für das Betriebsjahr 2012 (LRV [2013-196](#))
- Verpflichtungskredit zur Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen und besonderen Leistungen der Psychiatrie Baselland für die Jahre 2014 bis 2016 (LRV [2013-356](#))
- Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen und besonderen Leistungen des Kantonsspitals Baselland, der Psychiatrie Baselland und der Privatspitäler Baselland für das Jahr 2013 (Postulat Marie-Theres Beeler (2012/124) (LRV [2013-092](#))
- Sammelvorlage betreffend 12 Schlussabrechnungen von Verpflichtungskrediten; Abrechnungsperiode Oktober 2011 - September 2012; Genehmigung (LRV [2013-046](#))
- Postulat: Mutter und Kind in der Psychiatrie (LRV [2013-315](#))
- Postulat: Bericht über die Auswirkungen der neuen Spitalfinanzierung auf die Leistungserbringung der Psychiatrie Baselland im Bereich der ambulanten Versorgung (LRV [2012-124](#))
- Interpellation: Stellenwert Forensische Psychiatrie im Kanton (LRV [2012-397](#))

3.2.3 UKBB

Beurteilung Geschäftsjahre 2012/2013: wichtige Entwicklungen beim UKBB

- 2 Jahre nach dem Umzug konnten im ambulanten Bereich mit 83'000 Behandlungen die Ziele des Businessplans 2016 bereits erreicht werden. Im Durchschnitt wird ein Patient in der Poliklinik 1.7 x gesehen, was im Vergleich zu anderen Kinderspitälern einen tiefen Wert darstellt. Auf der Notfallstation wurden über 30'000 Besuche gezählt. Diese wesentliche Zunahme der Patienten auf der Notfallstation konnte dank der Unterstützung durch die Pädiatrische Notfallpraxis gut bewältigt werden. In der Tagesklinik wurde mit 2051 Patienten eine Steigerung gegenüber 2011 erzielt und das UKBB ist auf gutem Weg, die Ziele des Businessplans 2016 zu erreichen.
- Im stationären Bereich ist die Bettenauslastung mit 92% hoch. Sie konnte jedoch gegenüber dem Jahr 2011 leicht reduziert werden, da die durchschnittliche mittlere Verweildauer von 6.05 auf 5.93 gesunken ist. Das UKBB liegt mit 6'272 Patienten noch mit 328 Patienten unter der Zielvorgabe des Businessplans 2016. Eine wesentliche Steigerung konnte jedoch im Bereich der universitären Patienten erreicht werden. Bei den Invaliden-Versicherungspatienten (1'100 Patienten) liegt der Case-Mix-Index (CMI) über 2.4, für das gesamte Spital liegt der CMI bei 1.07.
- Die Zufriedenheit der UKBB-Patienten und Eltern konnte trotz einem grösseren Patientenvolumen von 63.5 auf 75.5% verbessert werden. Gleichzeitig erreichte das UKBB Bestnoten bei der Rezertifizierung durch sanacert. Zudem erhielt das UKBB das deutsche Gütesiegel „Ausgezeichnet für Kinder“.
- In der Forschung konnte eine wesentliche Steigerung der Drittmittelzuflüsse auf ca. CHF 5 Mio. gegenüber ca. CHF 3 Mio. im 2008 erzielt werden. Insgesamt wurden im Jahr 2012 112 Originalarbeiten und 24 Buchartikel publiziert.
- Der Bereich Finanzen war im 2012 geprägt durch den Wechsel auf SwissDRG im stationären Bereich. Der Wechsel konnte ohne wesentliche Probleme umgesetzt werden. Die durch eine externe Firma durchgeführte Co-dierrevision ergab bei 180 Stichproben keine Fehler.
- Auf infrastruktureller Seite leidet das UKBB nach wie vor unter der unbefriedigenden Parkplatzsituation für die Patienten und Familien.

Unternehmenseckwerte	R 2009	R 2010	R 2011	R 2012
Anzahl Mitarbeitende (FTE)	864	840	827	859 (669)
Pflegetage	36'762	38'999	38'529	37'206
Beiträge BL in Mio. CHF	14.25	12.71	17.12	(Seit 2012 "indirekt" über Kostenbeteiligung gemäss KVG)
Jahresergebnis in CHF	-4'143'186	2'256'066	698'165	1'078'469
Bilanzsumme in CHF	29'825'142	38'696'667	40'091'571	53'483'390
Anlagedeckungsgrad 1	43.9%	35%	46%	59%
Anlagedeckungsgrad 2	108.1%	123%	118%	210%
Eigenfinanzierungsgrad	11.6%	7.5%	13%	12%
Liquiditätsgrad II	0.70	0.70	0.63	0.83

Beurteilung Zukunft: wichtige Entwicklungen der nächsten zwei bis drei Jahre beim UKBB

- Für das UKBB gilt es, die erarbeitete Position als zweitgrösstes Kinderspital der Schweiz zu konsolidieren. Dies beinhaltet die Implementierung der geplanten und finanziell gesicherten Pädiatrischen Pharmakologie für die gesamte Schweiz, sowie die Weiterentwicklung der Schwerpunkte Perinatal- und Entwicklungspädiatrie, Thorax- und Lungenmedizin, Knochenmarktherapie, Deformationen an Kopf, Rücken und anderen Gliedmassen (inkl. Neurochirurgie). Es ist von Wichtigkeit, dass diese Schwerpunkte von der hochspezialisierten Medizin IVHSM anerkannt werden und das UKBB gemeinsam mit dem Universitätsspital Bern den universitären Teil des „Verbunds Mitte“ (Kinderkliniken Basel, Bern, Luzern, Aarau,) übernimmt. Die Wahl der Schwerpunkte ergänzt das Portfolio der Schwerpunkte aller Kinderspitäler und bildet keine Konkurrenz zu bereits vorhandenen Schwerpunkten. Die Philosophie ist die Behandlung von Patienten durch Spezialisten, die eine international anerkannte Ausbildung für Kinder- und Jugendmedizin in diesen Schwerpunkten besitzen (Beispiel: einziger ausgebildeter Pädiatrischer Neurochirurg in der Schweiz mit einem Lehrstuhl für Pädiatrische Neurochirurgie).
- Weiterentwicklung des UKBB in der Dienstleistung gemäss Businessplan und laufende Optimierung der Effizienz und Qualität.
- Das UKBB soll zusammen mit den Pädiatern der Region eine moderne und effiziente Grundversorgung auf höchstem Niveau für die Bevölkerung (Familien der Region) anbieten.

Beurteilung Zukunft: Umfeldentwicklung

- Unsicherheit in der Finanzierung (stationär DRG, ambulant, gemeinwirtschaftliche und übrige Leistungen)
- Die neuen Finanzierungsinstrumente wurden für die akute Erwachsenenmedizin entwickelt und bilden die Kin-

dermedizin finanziell ungenügend ab. Im stationären Bereich (SwissDRG) sind durch kinder- und jugendspezifische Anforderungen 20-30% höhere Baserates als in der Erwachsenenmedizin notwendig. Auch die Weiterentwicklung des „lernenden“ SwissDRG Systems ist auf die akute Erwachsenenmedizin ausgerichtet. Dies führte beim Wechsel von Version 1.0 auf Version 2.0 sogar zu einer Verschlechterung von 4-6% in der Kindermedizin.

- Der Tarmed im ambulanten Bereich bildet den erforderlichen hohen Zeitaufwand bei der Therapie von Kindern nicht ab. Wie oben beschrieben, führt das UKBB eine grosse Spitalambulanz, da die kinder- und jugendmedizinischen Spezialisten hauptsächlich im Spital tätig sind. Das Fehlen von Privat- und Halbprivatpatienten führt in Kinderspitälern zu einem Verlust von betriebswirtschaftlich substanzialen Zusatzerträgen.
- Die zunehmende Aufspaltung der Verantwortlichkeiten für Schule, Sozialarbeit, Logopädie, Zahnarzt etc. führt zu zahlreichen Verhandlungen mit den zuständigen Departementen und auch anderen Kantonen, die zusätzlich neben den Verhandlungen mit den Garanten zu führen sind.

Beurteilung Risiko aus Kantonssicht

Grundsätzlich besteht unter dem Finanzierungssystem der Fallpauschalen das Problem, dass die Kosten der Kindermedizin nur ungenügend berücksichtigt werden (bspw. sind die Personalkosten 20-30% höher als in der Erwachsenenmedizin, Infrastruktur und Geräte müssen für verschiedene Altersgruppen bereitgestellt werden etc.). Es besteht die Gefahr, dass die Kinderspitäler „chronisch“ mit zu tiefen Abgeltungen operieren müssen. Erschwerend kommt hinzu, dass Kinder zu über 95% nur grundversichert sind, die Erwirtschaftung von Zusatzerträgen ist somit nicht möglich. Um die gemeinwirtschaftlichen Leistungen (GWL) auf dem geforderten Niveau aufrechterhalten zu können, werden die Leistungsbesteller eine entsprechende Finanzierung vornehmen müssen, oder es besteht das Risiko, dass die Leistungen entsprechend reduziert werden. Wie sich genau die Finanzierung über die Fallpauschalen für die Refinanzierung der Spitalinfrastruktur auswirken wird, kann zum momentanen Zeitpunkt nur schwer abgeschätzt werden. Es besteht jedoch das Risiko, dass aufgrund einer zu tiefen Fallpauschale die Refinanzierung der Infrastruktur nicht aus den spitaleigenen Mitteln gedeckt werden kann. Geplant ist zudem die Finanzierung der langfristigen Infrastruktur über den Kapitalmarkt. Da dies Neuland für die Spitäler wie die Kapitalgeber ist, kann momentan nicht abgeschätzt werden wie und ob dieser Markt tatsächlich spielt. Es besteht die Gefahr, dass die Investitionskosten auf zukünftige Generationen abgewälzt werden, da sich kurz- und mittelfristig keine Finanzierung über die Tarife und den Kapitalmarkt ergibt. Diese Kosten würden wohl durch den Kanton zu tragen sein.

Die Zentralisierung für die hochspezialisierte Medizin wird durch die Interkantonale Vereinbarung über die hochspezialisierte Medizin (IVHSM) geplant. Kurzfristig steht hier die Entscheidung bezüglich der hämatologisch-onkologischen Abteilung an. Sollte solch ein Schwerpunktbereich verlegt werden, würden grosse Investitionen der letzten Jahre nicht mehr benötigt (und müssten entsprechend abgeschrieben werden). Das Risiko konnte aber mittlerweile stark reduziert werden, und es besteht eine grosse Wahrscheinlichkeit, dass es zu keiner Verschiebung der oben genannten Aktivitäten kommt. Das Risiko der Zentralisierung von Schwerpunktleistungen in der hochspezialisierten Medizin bleibt jedoch latent bestehen, insbesondere für den Fall, dass Leistungen vom UKBB zu anderen Spitälern verlagert werden sollen.

Landratsgeschäfte 2012/2013

- Geschäftsbericht und Jahresrechnung des Universitäts-Kinderspitals beider Basel (UKBB) für das Betriebsjahr 2012 (LRV [2013-195](#))
- Vorlage: Verpflichtungskredit zur Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen und besonderen Leistungen des Universitäts-Kinderspitals beider Basel (UKBB) für die Jahre 2014 und 2015. Partnerschaftliches Geschäft (LRV [2013-414](#))
- Sammelvorlage von Motionen und Postulaten, die zur Abschreibung beantragt werden (LRV [2013-042](#))
- Revision des Staatsvertrages zwischen den Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt über das Universitäts-Kinderspital beider Basel (Kinderspitalvertrag) vom 16. Februar 1998; Partnerschaftliches Geschäft (LRV [2013-020](#))
- Postulat: Ausbau des UKBB (LRV [2012-256](#))
- Postulat: Kapazitätsausweitung für das Uni-Kinderspital: Zusammenarbeit mit der KTK Kindertagesklinik in Liestal (LRV [2012-246](#))

3.2.4 MCH Group AG

Beurteilung Geschäftsjahre 2012/2013: wichtige Entwicklungen bei der MCH Group AG

2012 wurde die zweite und entscheidende Bauhauptetappe des Neubaus der Messe Basel in Angriff genommen. Am 8. Februar 2013 wurde der Neubau plan- und termingenau der MCH Messe Basel übergeben. Das vorgegebene Budget wurde eingehalten. Mit dem neuen Messebau kann ein zentrales strategisches Ziel, die Steigerung der Qualität der Messe- und Kongressinfrastruktur in Basel und somit der Erhalt der Konkurrenzfähigkeit im internationalen Wettbewerb, erreicht werden. Folglich erhöht sich in den kommenden Jahren auch die Durchführungssicherheit der grossen Eigenmessen in Basel.

Der Marktanteil der MCH Messe Schweiz AG an der Messelandschaft Schweiz betrug 2011 rund 62%. Die Anzahl der Eigenmessen & Joint Ventures konnten in Basel von 11 (2011) auf 13 (2012) erhöht werden. Gesamthaft stieg die Zahl der Eigenmessen & Joint Ventures von 33 auf 34. Die Geschäftstätigkeit bei den Veranstaltungsservices (Event Services) konnte 2012 nicht in allen Bereich gesteigert werden. Positiv entwickelten sich die betreuten Events im Berichtsjahr: Die Zahl erhöhte sich von 72 (2011) auf 83 (2012) Events. Die realisierten Projekte im Standbau ging von 441 (2011) auf 429 (2012) zurück. Ebenfalls leicht rückläufig war die Anzahl der Multi Media Events von 1604 (2011) auf 1500 (2012). Die oben genannten Zahlen betreffen die gesamte MCH Group AG und deren Partner. Zahlen für den Messestandort Basel werden nicht einzeln ausgewiesen.

Die Ertragskraft der MCH Group AG wurde 2012 weiter gesteigert. Der Konzerngewinn konnte gegenüber 2011 um 32.3% gesteigert werden und belief sich auf CHF 27.4 Mio. Die Rückzahlung der zinslosen Darlehen ab 2020 (jährliche Amortisationspflicht von CHF 3 Mio. bis 2029) scheint nicht gefährdet. Die ausbezahlte Dividende für 2012 entspricht dem vereinbarten Maximalwert von 5%.

Unternehmenseckwerte	R 2009	R 2010	R 2011	R 2012
Anzahl Mitarbeitende	479	578	582	593
Erfolgsrechnung in TCHF				
Aufwand	263'225	330'846	303'197	362'749
Ertrag	283'151	368'280	323'916	390'155
+Gewinn / -Verlust	19'926	37'434	20'719	27'406
Bilanzsumme in TCHF.	541'021	645'347	743'962	885'802
Bilanzgewinn (handelsrechtlicher Abschluss) in TCHF	5'899	3'794	3'339	5'026
Gewinnablieferung an den Kanton BL in CHF	187'500	187'500	235'625	235'625
Eigenfinanzierungsgrad	41%	39%	41%	37%
Anlagedeckungsgrad 1	59.4%	58.6%	63.5%	52.0%
Anlagedeckungsgrad 2	97.8%	114%	120.6%	103.5%
Liquiditätsgrad II	77.5%	139.6%	158.6%	109.5%
Dividendenausschüttung	2'402'630	2'402'630	3'003'285	3'003'285
davon Kanton BL	188'500	188'500	235'625	235'625

Beurteilung Zukunft: wichtige Entwicklungen der nächsten zwei bis drei Jahre bei der MCH Group AG

Aufgrund der starken Marktposition der MCH Group in der Schweiz ist auf nationaler Ebene weiteres Wachstum nur noch beschränkt möglich. Weiteres Wachstum bedingt deshalb eine verstärkte Internationalisierung in ausgewählten Zielmärkten, welche mit entsprechenden Investitionen in die Marktentwicklung verbunden ist.

Mit der Fertigstellung des Neubaus der Messe Basel sind die infrastrukturellen Voraussetzungen geschaffen worden, dass die grossen Messen weiterhin in Basel durchgeführt werden können. Nun geht es darum, die Position dieser Messen als Marketing-Plattformen weiter zu stärken. Dabei müssen unter anderem vermehrt Anforderungen der "digitalen Welt" in die Konzepte integriert und erfüllt werden.

Beurteilung Zukunft: Umfeldentwicklung

Das Messe- und Event-Geschäft hat sich in den vergangenen, wirtschaftlich schwierigen Jahren als recht stabil erwiesen. Zwar muss sich auch diese Branche vermehrt in konsolidierten Märkten behaupten, die Zukunftsaussichten sind jedoch positiv, da Event-Marketing weiter an Bedeutung gewinnt und sich im Zusammenspiel mit digitalen Marketing-/Kommunikationsmöglichkeiten auch weiterentwickeln kann. Auf Grund ihrer starken Marktposition, ihres einzig-

artigen Gruppennetzwerkes und ihres diversifizierten Produkte- und Dienstleistungsangebots ist die MCH Group für die Entwicklungen der nächsten Jahre gut gerüstet.

Beurteilung Risiko aus Kantonssicht

Aus Sicht des Kantons Basel-Landschaft lassen sich die Risiken aus der Beteiligung in Investitions- und Kreditrisiko unterteilen. Das Investitionsrisiko besteht aufgrund der Finanzbeteiligung an einer börsenkotierten Aktiengesellschaft. Hier bestehen einerseits das Risiko eines Kursverlustes und andererseits der Ausfall von Dividendenzahlungen. Aus momentaner Sicht erscheint eine Wertvernichtung aufgrund eines Konkurses oder einer anhaltenden starken Abwertung des Aktienwertes als eher unwahrscheinlich. Die Resultate sowie der Ausblick für die kommenden Jahre sind für die MCH Group tendenziell positiv.

Ein Kreditrisiko besteht aufgrund der zinsvergünstigten Darlehen an die MCH Group. Hier könnte ein Ausfall der Zinszahlungen oder der Amortisation für den Kanton zu einem Risiko werden. Dieses Risiko korreliert sehr stark mit dem oben genannten Risiko, wird also aus momentaner Sicht als eher gering eingestuft. Aufgrund der starken Korrelation der beiden Risiken ist jedoch damit zu rechnen, dass im Zweifelsfall beide Risiken gemeinsam auftreten, was den rein finanziellen Schaden entsprechend erhöht.

Als indirektes Risiko (resultierend aus dem Erfolg der MCH Group am Standort Basel) lässt sich der Verlust von Wertschöpfung Dritter (bzw. dem daraus resultierenden Steuersubstrat) ableiten. Gemäss der BAK Studie von 2006 generieren die verschiedenen Fachmessen eine substantielle Wertschöpfung für die Region. Für die Bewertung sei einerseits auf die oben erwähnte Tatsache hingewiesen, dass die MCH Group momentan sehr erfolgreich wirtschaftet. Förderlich kommt hinzu, dass insbesondere die starken „Heimmessen“ für die MCH Group von grosser Bedeutung sind, und somit auch die Wertschöpfung in der Region Basel stattfindet. Dies dürfte auch in Zukunft sichergestellt sein, nicht zuletzt auch dank dem neuen Messebau.

Landratsgeschäfte 2012/2013

-

3.2.5 Schweizerische Rheinhäfen

Beurteilung Geschäftsjahre 2012/2013: wichtige Entwicklungen bei den Schweizerische Rheinhäfen

Der Anteil der Rheinschifffahrt an der Landesversorgung mit Mineralöl stieg auf rund 45%, und die Rheinhäfen trugen damit dazu bei, dass sich der Raffineriestillstand in Cressier weder bei der Heizölversorgung noch an der Zapfsäule bemerkbar machte. Trotz sich abschwächender Wirtschaftsentwicklung hat auch der Containerumschlag zugenommen. Die Umschlagsleistung von 102'240 TEU entspricht rund 25% des gesamten Schweizer Container-Import/Exports. Damit festigten die Schweizerischen Rheinhäfen ihre Stellung als führende Containerplattform. Und dies obwohl Containertransporte auf dem Binnenschiff im Unterschied zu Bahnverkehren nicht vom Bund subventioniert sind.

Im Verlauf von 2013 werden voraussichtlich 135 m lange Trockengüter-Schiffe für die Fahrt ab der mittleren Brücke rheinaufwärts zugelassen.

Unternehmenseckwerte	R 2009	R 2010	R 2011	R 2012
Anzahl Mitarbeitende	30.5	32.2	33	34
Erfolgsrechnung in CHF				
Aufwand	12'598'263	12'328'270	13'137'142	13'529'890
Ertrag	20'237'400	19'989'346	20'244'119	20'932'573
+Gewinn / -Verlust	+7'639'137	+7'661'075	+7'106'976	+7'402'682
Gewinnablieferung an BL in CHF (60% des Gewinns)	4'350'000	4'350'000	4'050'000	4'200'000
Bilanzsumme in CHF	68'273'193	69'209'965	98'884'572	100'159'131
Eigenfinanzierungsgrad	96%	95%	97%	96%
Anlagedeckungsgrad 1	122%	125%	117%	120%

Beurteilung Zukunft: wichtige Entwicklungen der nächsten zwei bis drei Jahre bei den Schweizerischen Rheinhäfen

Die starke Marktstellung der Rheinhafenterminals im Containerverkehr zeigt das Potenzial eines künftigen Terminals Basel Nord auf, mit dem Kapazität und Effizienz im Umschlag Binnenschiff – Bahn durch grössere Schiffslose und einen reduzierten Rangieraufwand signifikant erhöht werden.

Vor diesem Hintergrund hat der führende Seehafen Rotterdam mit den SRH und dem Logistikcluster Region Basel eine Absichtserklärung zur Stärkung des Container-Netzwerks im Hinterlandverkehr zur Schweiz abgeschlossen. Diese zielt auch auf die Prüfung eines neuen Geschäftsfeldes im Bereich der Nutzung von Flüssigerdgas (LNG «Liquefied Natural Gas»). Aufgrund der neu erschliessbaren Gasvorkommen wird der Import von Gas via Hochsee- und Binnenschifffahrt in Zukunft an Bedeutung gewinnen und sich als preisgünstige Alternative zum bisherigen Pipeline-Import entwickeln. Auch der Ersatz der heutigen dieselangetriebenen Binnenschiffsmotoren durch emissionsärmere Gasantriebe ist dabei ein Thema.

Die Schweizerischen Rheinhäfen streben ergänzend dazu eine Ertragssicherung und Entwicklung durch Ansiedlung neuer Aktivitäten mit trimodaler Logistik an.

Spezielle Herausforderungen:

- Vorbereitung der Plangenehmigung und der Finanzierung Basel-Nord zur Zukunftssicherung der Containerdrehscheibe
- Förderung Standort-Rahmenbedingungen für die südlichen Häfen Birsfelden und Auhafen-Muttenz
- Anpassung der Fahrinne Mittlere Brücke - Vorhafen Schleuse Birsfelden zur Verbesserung der Nutzlast der Güterschifffahrt
- Prüfung der Zulassung von 135m-Schiffen nach Birsfelden (heute 110m)
- Projekt Bahn-Verknüpfung Auhafen – Schweizerhalle
- Zonenänderung Gemeinde Muttenz für direkten wasserseitigen Güterumschlag zum Infrapark Baselland (Clariant- Areal)

Beurteilung Zukunft: Umfeldentwicklung

Die Entwicklung der Güterstruktur im Import/Export ist einem laufenden Wandel unterworfen; nach dem Kohle- und später Mineralölzeitalter ist nun der Containerverkehr im Begriff, die Logistikketten entscheidend zu prägen. Daher ist es Aufgabe der SRH, den Strukturwandel zukunftsweisend zu unterstützen, z.B. mit geeigneten Infrastrukturmassnahmen zur effizienten Vernetzung der Verkehrsträger und der Schwerpunkt- und Clusterbildung in den drei Hafenteilen (Auhafen: Mineralöl, chemische Produkte, Dünger und Futtermittel, Schwertransportlogistik / Birsfelden: Stahl-

zentrum für Produktion und trimodale Logistik, Erdverarbeitung, Mineralöl / Kleinhüningen: Container, Nahrungsmittel/Silologistik, Metalle).

Beurteilung Risiko aus Kantonssicht

Seit 2008 sind die Rheinhäfen der beiden Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft zusammengelegt. Aus der Fusion resultierten die Schweizerischen Rheinhäfen, eine Anstalt öffentlichen Rechts im Besitz der Kantone. Die Organisation ist steuerbefreit und liefert ihren Gewinn an die beiden Eigentümerkantone ab (60% BL / 40% BS). Allfällige Verluste, sofern sie durch die Organisation nicht selbst getragen werden könnten, würden nach demselben Verteilschlüssel auf die beiden Kanton verteilt. Den Grossteil des Ertrags erwirtschaften die Schweizer Rheinhäfen mit der Arealbewirtschaftung, welche durch relativ langfristige Verträge geprägt ist und damit für einen konstanten Geldfluss sorgt. Rund 25 - 30% des Ertrags ergeben sich durch den Hafenumschlag, welcher von der Befahrbarkeit des Rheins abhängig ist. Die ausgewiesenen Gewinne waren in den letzten vier Jahren stabil. Als Risiken, welche den Kanton als Eigentümer betreffen können, ist neben einer länger dauernden Rheinsperrung auch der Verlust eines Grosskunden zu erwähnen (negative Auswirkungen auf die Erträge aus der Arealbewirtschaftung). Daneben existiert mit dem geplanten Terminal Basel-Nord ein Projekt, dessen Finanzierung noch nicht vollumfänglich geklärt ist (Anteil des Bundes noch offen). Die Entwicklung des Projekts gilt es zu beobachten, um frühzeitig über allfällige finanzielle Konsequenzen für den Kanton informiert zu sein.

Landratsgeschäfte 2012/2013

- Orientierung über das Geschäftsjahr (vgl. LRV [2013-203](#))
- Motion: Gewinnverteilung Schweizerische Rheinhäfen: Teilabgeltung an Standortgemeinden (LRV [2013-340](#))

3.3 Beteiligungen, die der BUD zugeordnet sind

3.3.1 Baselland Transport AG (BLT AG)

Beurteilung Geschäftsjahre 2012/2013: wichtige Entwicklungen bei der BLT AG

Die BLT hat im Berichtsjahr das Angebot auf den Tramlinien 10 und 17 von einem 10-Minutentakt auf einen 7½-Minutentakt verdichtet. Dank dieses Angebotsausbaus steigerte sich die Anzahl beförderter Personen markant. Der Angebotsausbau führte jedoch auch zu einem höheren Aufwand im Betrieb und damit zu höheren Abgeltungen durch den Kanton Basel-Landschaft. Dank des Fahrgastzuwachs und der im Tarifverbund Nordwestschweiz (TNW) durchgeführten Tarifierhöhung konnte die BLT jedoch auch den Verkehrsertrag signifikant steigern. Dadurch konnte der Effekt der Taktverdichtung auf die Abgeltung gedämpft werden.

Die Erneuerung der Fahrzeugflotte im Tram- und Busbereich wurde 2012 fortgesetzt. Seit Sommer 2012 sind alle 19 Tango-Trams der ersten Serie im Einsatz. Die bisherigen Betriebserfahrungen zeigen, dass das Tango-Tram bezüglich Verfügbarkeit, Unterhalt und Energieverbrauch alle Vorgaben deutlich übertrifft. Neue Fahrzeuge sind auch im Busbereich im Einsatz. Moderne Gelenk- und Normbusse, welche die neue Euro-6-Abgasnorm einhalten, wurden 2012 bestellt. Sie ersetzen ältere Fahrzeuge die das Ende ihrer Lebensdauer erreicht haben.

Unternehmenseckwerte	R 2009	R 2010	R 2011	R 2012
Anzahl Mitarbeitende	285	309	329	348
Beförderte Personen <i>Veränderung ggü. Vorjahr</i>	46'320'000 +1.4%	47'958'000 +3.0%	48'728'000 +1.6%	50'911'000 +4.5%
Abgeltung BL in Mio. CHF (netto und nach Rückzahlung Darlehen)	9.58	12.69	13.44	14.66
Erfolgsrechnung in CHF				
Aufwand	76'653'030	80'949'183	83'627'216	88'907'094
Ertrag	79'543'747	84'296'524	86'561'814	91'627'858
+Gewinn / -Verlust	+2'890'717	+3'347'341	+2'934'598	+2'720'764
Bilanzsumme in CHF	446'241'234	406'557'243	411'193'362	415'742'580
Eigenfinanzierungsgrad	10%	10%	12%	12%
Anlagedeckungsgrad 1 (goldene Bilanzregel)	18%	19%	19%	19%
Anlagedeckungsgrad 2 (goldene Finanzierungsregel)	126%	120%	137%	132%
Liquiditätsgrad II	345%	209%	239%	240%

Beurteilung Zukunft: wichtige Entwicklungen der nächsten zwei bis drei Jahre bei der BLT AG

Per 1. Januar 2013 hat die BLT den Bereich öffentlicher Verkehr der Autogesellschaft Sissach-Eptingen AG (AGSE) übernommen. Bisher wurden sieben Linien von der AGSE im Auftrag der BLT betrieben, welche die eidgenössische Konzession für die Buslinien besitzt. Der Standort Eptingen wird durch die BLT erhalten und der Depotstandort ausgebaut. Gleichzeitig wird auch die Fahrzeugflotte erneuert.

Die Tramlinie 10 im hinteren Leimental wird bis Flüh auf Doppelspur ausgebaut. Dieser ermöglicht die notwendige Taktverdichtung auch auf diesem Streckenabschnitt.

Die Betreiberfrage (BLT und/oder BVB) der Einsatzlinie 17 über den geplanten Margarethenstich zum Bahnhof Basel SBB ist politisch stark umstritten. Bei dieser politischen Entscheidung geht es um den Schutz der hohen Investitionen in Depotinfrastrukturen und in neues Rollmaterial, die seitens BLT immer in Absprache und Zustimmung mit den städtischen Partnern getroffen wurden.

Per Anfang 2014 wird die Unterdeckung bei der Basellandschaftlichen Pensionskasse ausfinanziert. Dafür wurden in den vergangenen Jahren Rückstellungen gebildet. Für den Kanton ergeben sich keine Zusatzkosten. Mit der Ausfinanzierung der Unterdeckung erfolgt auch der Wechsel vom Leistungs- ins Beitragsprimat.

Beurteilung Zukunft: Umfeldentwicklung

Der starke Kostendruck im öffentlichen Verkehr hält an. Die BLT ist diesbezüglich gut aufgestellt. Im regelmässig vom BAV erstellten Benchmark liegt sie weit vorne.

Die Regelungsdichte durch laufend neue Gesetze und Verordnungen nimmt zu. Als Folge davon steigen die Investi-

tionsausgaben und führen zu steigenden wiederkehrenden Kosten. Insbesondere im Bereich der Sicherheit und der hindernisfreien Zugänglichkeit des öffentlichen Verkehrs für mobilitätseingeschränkte Personen sind Investitionen notwendig. Ungesicherte Bahnübergänge müssen aufgehoben oder mit Schranken gesichert werden. Um die Anforderungen des Behindertengleichstellungsgesetzes zu erfüllen sind zudem Anpassungen an Fahrzeugen, Haltestellen und Fahrgastinformationssystemen vorzunehmen.

Beurteilung Risiko aus Kantonssicht

Im Rahmen verschiedener „grenzüberschreitender“ Projekte zwischen BS/BL kommt es zu verschiedenen Konflikten u.a. über den Betrieb verschiedener grenzüberschreitender Linien / Fahrleistungen (insbesondere die Linien 10, 11, E11, 17). Die Argumentation stellt dabei jeweils auf den bestehenden Staatsvertrag über die Linien und Fahrleistungen von BLT / BVB zwischen BL/BS ab. Sollten bestehende Fahrleistungen / Linien von der BLT zur BVB verschoben werden, stellt sich die Problematik der „Stranded Investments“. Aufgrund der Langfristigkeit der Infrastrukturinvestitionen im Bahnbetrieb sind die bestehenden Investitionen in Depot und Rollmaterial langfristig ausgelegt. Die Investitionsentscheide basieren dabei auf den bestehenden Linien und Fahrleistungen sowie einem zu erwartenden Wachstum. Sollten diese nun entgegen der eigentlichen Planung wegfallen, bestehen Überkapazitäten, die als Fixkosten bestehen bleiben, aber nicht mehr entsprechend amortisiert werden können. Zudem sind die zu erwartenden Betriebskosten der BVB für die Fahrleistungen wohl höher als jene der BLT, was die Kosten für die Besteller (u.a. Kanton BL) ansteigen lassen würde. Dies würde jährlich wiederkehrende Mehrkosten (im Sinne einer höheren Abgeltung für die erbrachten Leistungen im öffentlichen Verkehr) für die Besteller bedeuten.

Landratsgeschäfte 2012/2013

- BLT-Linien Birsigtal/Birseck (10, 10/17 und 11): Instandsetzung und Ertüchtigung Bahninfrastruktur 2014 - 2016; Kreditvorlage (LRV [2013-275](#))
- Abrechnung der grenzüberschreitenden ÖV-Linien BS-BL für das Jahr 2011 (LRV [2013-204](#))
- Erteilung eines Generellen Leistungsauftrages im Bereich des öffentlichen Verkehrs für die Jahre 2014 – 2017 (LRV [2013-047](#))
- Sammelvorlage betreffend 12 Schlussabrechnungen von Verpflichtungskrediten; Abrechnungsperiode Oktober 2011 - September 2012; Genehmigung (LRV [2013-046](#))
- Einjährige Verlängerung des Mandats von Landrätin Christine Gorrengourt im Verwaltungsrat der BLT Baselland Transport AG bis 2014 (Anpassung an 4-jährige Amtsperiode) (LRV [2013-045](#))
- Umsetzung Behindertengleichstellungsgesetz bei Tram- und Bushaltestellen: Projektierungskredit (LRV [2012-204](#))
- Entlastungspaket 12/15 - Vorlage betreffend Motion 2012/095 der SP-Fraktion: Verzicht auf die Anpassung des 6. Generellen Leistungsauftrags im Bereich des öffentlichen Verkehrs für die Jahre 2010 - 2013 (LRV [2012-144](#))
- Abrechnung der grenzüberschreitenden ÖV-Linien BS-BL für das Jahr 2010 (LRV [2012-120](#))
- Motion: Revision oder ggf. Ersatz der Vereinbarung über die Basler Verkehrs-Betriebe und die BLT Baselland Transport AG; Staatsvertrag 480.1 vom 26. Januar 1982 (LRV [2013-339](#))
- Motion: Margarethenstich: "Schutz der getätigten Investitionen des Kantons BL und der BLT" (LRV [2013-206](#))
- Motion: Die Tramlinie 17 bleibt eine BLT-Tramlinie (LRV [2013-183](#))
- Motion: Verzicht auf die Anpassungen des 6. Generellen Leistungsauftrags im Bereich des Öffentlichen Verkehrs für die Jahre 2010-2013 (LRV [2012-095](#))
- Postulat: Prüfung eines Zusammenschlusses von BVB und BLT (LRV [2013-306](#))
- Postulat: Entflechtung ÖV/ MIV im Raum Oberwil-Therwil (LRV [2013-164](#))
- Interpellation: Tramverbindung BLT Linie 17 via Margarethenstich (LRV [2013-170](#))
- Interpellation: Tramlinie 1/17 (LRV [2013-169](#))
- Resolution: Für den Erhalt des Einheitspreises beim TNW-Abo (LRV [2012-067](#))

3.3.2 Hardwasser AG

Beurteilung Geschäftsjahre 2012/2013: wichtige Entwicklungen bei der Hardwasser AG

Das strategische Ziel "Sicherstellung der Versorgung der angeschlossenen Gemeinden mit qualitativ einwandfreiem Trinkwasser nach Wasserversorgungs-/Grundwasserschutz- und Lebensmittel-Gesetzgebung" wurde erreicht. Das Volumen des Trinkwasserverkaufs reduzierte sich im Jahr 2012 um -1.8% auf 13.4 Mio. m³. Der Trinkwasserpreis wurde von 31 auf 29 Rappen reduziert. Die Geschäftsführung wird neu durch Thomas Meier (Leiter Trinkwasserversorgung bei der IWB) wahrgenommen.

Unternehmenseckwerte	R 2009	R 2010	R 2011	R 2012
Anzahl Mitarbeitende	18	18	17	18
Erfolgsrechnung in CHF				
Aufwand	5'471'264	6'105'878	6'170'205	6'515'396
Ertrag	5'800'769	6'194'872	6'399'827	6'564'115
+Gewinn / -Verlust	+329'505	+88'994	+229'618	+48'719
Bilanzsumme in CHF	8'365'413	9'788'917	10'725'984	13'946'154
Eigenfinanzierungsgrad	67%	58%	55%	41%
Anlagedeckungsgrad 1 (goldene Bilanzregel)	131%	135%	130%	127%
Anlagedeckungsgrad 2 (goldene Finanzierungsregel)	163%	186%	194%	254%
Liquiditätsgrad II	279%	280%	323%	382%

Beurteilung Zukunft: wichtige Entwicklungen der nächsten zwei bis drei Jahre bei der Hardwasser AG

Die neue Aktivkohlefilteranlage der Hardwasser AG wird Ende 2013 den Betrieb aufnehmen. Im Rahmen des Projektes "Regionale Wasserversorgung Basel-Landschaft 21" wird die EAWAG (Wasserforschungsinstitut der ETH) zusammen mit der Hardwasser AG, der Uni Basel, dem Kantonalen Laboratorium BL und dem Amt für Umweltschutz und Energie BL das Wassermanagement und die Trinkwasseraufbereitung im Hardwald weiter vertieft untersuchen und evtl. weiter optimieren.

Beurteilung Zukunft: Umfeldentwicklung

Der Trinkwasserverbrauch ist generell etwas rückläufig. Im Zusammenhang mit dem Postulat 2012-036 von Christoph Buser vom 9.2.2012 "Neue Ansätze für die Wasserversorgungsplanung im unteren Baselbiet" werden langfristig die Perspektiven einer modernen und hoch technologisierten sowie wirtschaftlichen Wasserversorgung für den Kanton geprüft. Dies soll in einem weiteren Teilprojekt des o.g. Projektes "Regionale Wasserversorgung Basel-Landschaft 21" erfolgen.

Beurteilung Risiko aus Kantonssicht

Die Risiken aufgrund der Beteiligung an der Hardwasser AG lassen sich in zwei Bereiche aufteilen. Ersterer betrifft die Finanzierung der Infrastruktur. Nachdem mit der Aktivkohlefilteranlage eine grosse Investition durch den Kanton mitfinanziert wurde, ist in den nächsten Jahren mit weiteren, jedoch wesentlich geringeren Investitionen in verschiedene Anlagen zu rechnen. Diese können nach momentaner Einschätzung durch die Hardwasser AG selbst finanziert werden. Der zweite Risikobereich betrifft die Qualität und Versorgungssicherheit der Region mit Trinkwasser. Beide Risiken sind weitestgehend minimiert, eine Kontamination von Trinkwasser ist aufgrund der Massnahmen in die Qualitätssicherung und Kontrolle sehr unwahrscheinlich. Die Versorgungssicherheit wäre auch bei einem mehrwöchigen Ausfall der Wasserproduktion nicht gefährdet.

Landratsgeschäfte 2012/2013

- Postulat: Gelder aus dem Trinkwasserfonds auch an Baselbieter TrinkwasserkonsumentInnen (LRV [2012-326](#))
- Postulat: Neue Ansätze für die Wasserversorgungsplanung im unteren Baselbiet (LRV [2012-036](#))
- Interpellation: Kontamination des Trinkwassers durch die Chemiemülldeponie Feldreben ist doch wahrscheinlich (LRV [2013-213](#))

3.3.3 Nationalstrassen Nordwestschweiz (NSNW)

Beurteilung Geschäftsjahre 2012/2013: wichtige Entwicklungen bei der NSNW

Der Umsatz konnte gesteigert werden, u.a. mit Projektstätigkeit fürs ASTRA. Gleichzeitig konnten die Betriebskosten weiter reduziert werden (-10% in den letzten drei Jahren).
Das Aktienkapital wurde per GV 2013 von CHF 4.5 Mio. auf 1.5 Mio. reduziert (Reduktion Anzahl Aktien von 9000 auf 3000; pro Kanton wird CHF 1 Mio. ausbezahlt)

Unternehmenseckwerte	R 2009	R 2010	R 2011	R 2012
Anzahl Mitarbeitende	160	176	180	180
Erträge von Aktionären in Mio. CHF				
BL(Betrieb, Projekte, Ver- änd. angef. Arbeiten)	2.50	2.69	2.97	2.72
AG	0.50	0.50	1.22	1.45
SO	0.43	0.60	0.56	0.47
TOTAL	3.43	3.79	4.75	4.64
Erfolgsrechnung in Mio. CHF				
Aufwand	45.09	50.76	45.06	48.26
Ertrag	47.82	53.71	47.33	50.56
+Gewinn / -Verlust	+2.73	+ 2.94	+ 2.28	+ 2.3
Bilanzsumme in Mio. CHF	25.80	30.62	27.42	27.36
Eigenfinanzierungsgrad	69%	66%	63%	68%
Anlagedeckungsgrad 1	229%	235%	175%	193%
Anlagedeckungsgrad 2	248%	254%	191%	208%
Liquiditätsgrad II	179%	184%	134%	175%

Beurteilung Zukunft: wichtige Entwicklungen der nächsten zwei bis drei Jahre bei der NSNW

Vor wenigen Wochen wurden die Diskussionen mit dem ASTRA gestartet, betreffend neue Leistungsvereinbarung. Ziel ist, dass der Auftrag per 1.1.2015 neu geregelt wird. Die Verhandlungen sind im ersten Semester 2014 vorgesehen. Es ist zu erwarten, dass von Seiten ASTRA grosser Druck auf den Preis ausgeübt wird, da aus Sicht ASTRA die heutigen Gewinnmargen (über alle Gebietseinheiten) unverhältnismässig hoch sind.

Beurteilung Zukunft: Umfeldentwicklung

Die Zusammenarbeit der ASTRA-Gebietseinheiten ist noch im Aufbau. Die Ausrichtung des ASTRA und die Positionierung der Gebietseinheiten ist noch nicht in allen Punkten klar sichtbar. Unter anderem sucht das ASTRA auch strategischen Kontakt in die Gebietseinheiten (im Fall der NSNW durch den VRP sehr gut sichergestellt), was heute nicht bei allen Gebietseinheiten sichergestellt wird. Es wird davon ausgegangen, dass dieser Findungsprozess noch 1-2 Jahre andauern wird.

Beurteilung Risiko aus Kantonssicht

Die Risiken aus der Beteiligung an der NSNW sind zweierlei. Einerseits besteht das Risiko, dass aufgrund eines schlechten Geschäftsgangs keine Dividende ausgeschüttet werden kann. Die Höhe der Dividende kombiniert mit der Eintrittswahrscheinlichkeit lässt dieses Risiko jedoch relativ gering erscheinen. Ein Konkurs des Unternehmens mit entsprechendem Verlust des Aktienkapitals erscheint aus heutiger Perspektive nicht realistisch. Ein potentiell Haftungsrisiko kann als klein erachtet werden, einerseits aufgrund der Tatsache, dass die NSNW als AG organisiert ist, andererseits aufgrund einer entsprechenden Analyse bezüglich Haftungsrisiken und einer adäquaten Versicherungsdeckung.

Landratsgeschäfte 2012/2013

-

3.3.4 Waldenburgerbahn AG

Beurteilung Geschäftsjahre 2012/2013: wichtige Entwicklungen bei der Waldenburgerbahn AG

In Zusammenarbeit mit der Waldenburgerbahn AG wurde das Projekt "Zukunft Waldenburgerbahn" vorangetrieben, welches eine zeitgemässe Weiterentwicklung der WB erlaubt. Die strategischen Entscheide zum künftigen Betriebs-, Rollmaterial- und Infrastrukturkonzept konnten im VR erwirkt, resp. vorbereitet werden. Dadurch kann langfristig eine effiziente und zweckmässige Erfüllung der Mobilitätsbedürfnisse im Waldenburgerthal sichergestellt werden.

Der Umsatz erhöhte sich primär aufgrund neuer gesetzlicher Vorgaben des Bundes, welche zu höheren Infrastrukturbenutzungsgebühren führten. Diese werden jedoch intern verrechnet und belasten den Kanton deshalb nicht.

Unternehmenseckwerte	R 2009	R 2010	R 2011	R 2012
Anzahl Mitarbeitende	31	31	31	33
Beförderte Personen <i>Veränderung ggü. Vorjahr</i>	1'916'634 - 0.7%	1'923'861 +0.4%	1'927'834 +0.2%	1'883'920 -2.3%
Abgeltung BL in Mio. CHF (netto und nach Rückzahlung Darlehen)	1.89	2.02	2.74	2.75
Erfolgsrechnung in CHF				
Aufwand	7'327'249	7'798'511	8'863'935	8'337'421
Ertrag	7'437'012	7'905'399	9'100'402	9'007'802
+Gewinn / -Verlust	+109'763	+106'888	+236'467	+670'381
Bilanzsumme in CHF	46'107'162	45'551'124	45'494'021	44'576'778
Eigenfinanzierungsgrad	10%	11%	11%	12%
Anlagedeckungsgrad 1	17%	16%	18%	20%
Anlagedeckungsgrad 2	162%	147%	157%	161%
Liquiditätsgrad II	1408%	1000%	778%	825%

Beurteilung Zukunft: wichtige Entwicklungen der nächsten zwei bis drei Jahre bei der Waldenburgerbahn AG

- 1) Die anstehende Ersatzbeschaffung von Rollmaterial.
- 2) Die Deckungslücke der Pensionskasse. Hier konnte die WB in der Vergangenheit genügend Rückstellungen bilden um die Deckungslücke bei der BLPK zu schliessen. Somit stellt dies für die WB mittelfristig kein Problem dar.

Beurteilung Zukunft: Umfeldentwicklung

Die WB verkehrt als Schmalspurbahn im Kanton Basel-Landschaft. Sie erschliesst die Gemeinden im Waldenburgerthal und bindet diese in Liestal an den Fernverkehr und die Regio-S-Bahn an. Die WB ist als Bahn mit 750mm Spurweite und eigener Infrastruktur keinem direkten Wettbewerb ausgesetzt.

Grösste Herausforderung stellt für die verhältnismässig kleine Unternehmung die Zunahme der Regelungsdichte aufgrund neuer Gesetze und Verordnungen des Bundes und ihre Umsetzung dar.

Die WB kooperiert zielgerichtet mit den Transportunternehmen der Region sowie mit anderen Schweizerischen Eisenbahnunternehmen.

Beurteilung Risiko aus Kantonssicht

Mit einem Aktienkapital von 1.9 Mio CHF (Anteil BL: 650'000) gehört die Waldenburgerbahn AG zu den kleineren Beteiligungen. Das betriebsinhärente Risiko des Grossunfalls mit haftungsrechtlicher Folge, wird mit geeigneten Präventivmassnahmen und einer entsprechenden Versicherung weitestgehend reduziert. Allfällige sprunghafte Anstiege der Abgeltungen sollten vom Kanton rechtzeitig erkannt werden.

Landratsgeschäfte 2012/2013

- Erteilung eines Generellen Leistungsauftrages im Bereich des öffentlichen Verkehrs für die Jahre 2014 – 2017 (LRV [2013-047](#))
- Beantwortung des Postulats 2005/045 von der SVP-Fraktion, betreffend: "Aufhebung der Konzession zum Bau und Betrieb einer Eisenbahn von Liestal nach Waldenburg eventuell Langenbruck" (LRV [2012-033](#))

3.4 Beteiligungen, die der SID zugeordnet sind

3.4.1 Interkantonale Polizeischule Hitzkirch (IPH)

Beurteilung Geschäftsjahre 2012/2013: wichtige Entwicklungen bei der IPH

Die wichtigste Entwicklung war und ist der Abschluss des Projektes „IPH-2012“ und die erstmalige Umsetzung im Lehrgang 2013 – 1. Im Vergleich zum Vorgängermodell ist das didaktische Fundament der Ausbildung professioneller geworden. Die Ausbildung fokussiert stärker auf die Handlungskompetenzen und folgt einem in sich stimmigen Gesamtkonzept. Das Team der Ausbilder und Ausbilderinnen ist insgesamt methodisch kompetenter geworden. Das Konzept „IPH-2012“ ist für die IPH ein grosser Qualitätssprung.

Unternehmenseckwerte	R 2009	R 2010	R 2011	R 2012
Anzahl Mitarbeitende	Im Führungsbereich Finanzen und Ressourcen (F&R) arbeiten 52 Personen, davon 4 in einem Ausbildungsverhältnis. Die externen Instruktoren an der IPH sind dabei nicht einberechnet.			
Beitrag BL in Mio. CHF	1.21 Rückerstattung im 2010 CHF 78'153.00	1.03	0.954 (Rückerstattung im 2011 von Total TCHF 217 für Instruktoren)	0.965 (Rückerstattung im 2012 von Total TCHF 224 für Instruktoren)
Reingewinn/Verlust in CHF	+ 868'016	+671'030	+597'017	+450'660
Bilanzsumme in Mio. CHF	51.04	47.6	48	48.7
Eigenfinanzierungsgrad	- 2.1 %	-0.93 %	-0.92%	1.16%
Anlagedeckungsgrad 1	- 2.3 %	-0.97 %	-0.98%	1.29%
Anlagedeckungsgrad 2	98.1 %	93.8 %	96.19%	100.92%
Liquiditätsgrad II	78.3%	32.35 %	35.5%	108.76% (current ratio)

Beurteilung Zukunft: wichtige Entwicklungen der nächsten zwei bis drei Jahre bei der IPH

- Konsolidierung des Konzeptes „IPH-2012“
- Einführung des Lehrganges „Sicherheitsassistent“
- Begleitung des französischsprachigen Lehrganges „Polizist“
- Mithalten in der Entwicklung der elektronischen Bildungsmedien inkl. Applikationen für Virtual Trainings
- Entwicklung eines Investitions- und Businessplan für die Immobilien grundsätzlich ohne zusätzliche Belastung der Pauschalabgeltung

Beurteilung Zukunft: Umfeldentwicklung

Das bildungspolitische Gesamtkonzept (BGK), auf dem die heutige Polizeiausbildung und ein grosser Teil der polizeilichen Weiterbildung und die Organisation der polizeilichen Bildungswelt beruhen, kommt auf den Prüfstand. Dieser Umstand wird mittelfristig Auswirkungen auf die IPH (Aufgaben und Aufgabenabgrenzung, Schultypus, Organisation, Stellung etc.) haben. Die IPH hat den Anspruch, diesen Prozess aktiv mitzugestalten.

Beurteilung Risiko aus Kantonssicht

Die IPH ist eine öffentlich rechtliche Anstalt der elf Konkordatskantone. Sie erbringt Leistungen in der Aus- und Weiterbildung der angeschlossenen Polizeikorps. Der Kanton BL ist im Rahmen des Konkordats-Vertrags bis Ende 2035 an die IPH gebunden. Daraus ergeben sich entsprechende Risiken bezüglich der zu tragenden Kosten (Art. 24 des Konkordats Vertrags über die Preisgestaltung) für die Aus- und Weiterbildung des Polizeikorps Basellandschaft. Diese hängen nämlich nicht nur von der Nachfrage des Kantons BL, sondern nicht zuletzt auch von Veränderungen der anderen zehn Konkordatskantone ab (Korpsgrösse, Bevölkerungszahl, Nachfrage nach Ausbildungsplätzen, Vergangenheitsbezogene Faktoren). Aufgrund der stark ausgeprägten Überwachung durch Politik, den bestehenden Managementsystemen sowie den bisherigen Erfahrungen wird das Risiko, welches dem entsteht, als gering betrachtet.

Landratsgeschäfte 2012/2013

- Interparlamentarische Geschäftsprüfungskommission (IGPK) der Interkantonalen Polizeischule Hitzkirch (IPH) - Jahresbericht 2012 (LRV [2013-174](#))

3.4.2 Motorfahrzeug-Prüfstation beider Basel (MFP)

Beurteilung Geschäftsjahre 2012/2013: wichtige Entwicklungen bei der MFP

Im 2012 konnten Schritt für Schritt zwei grosse Anliegen in Angriff genommen werden: 1. Die Einmietung der MFK BL in den Räumlichkeiten der MFP und dadurch eine Erweiterung des Dienstleistungsangebots für die Kundschaft (operativ ab 2013) und 2. die Eintragungen von Änderungen direkt im Fahrzeugausweis (ab Mitte 2013). Damit wird ein lange gehegter Wunsch des Autogewerbes beider Basel (AGVS) in Erfüllung gehen. Diese Projekte werden im 2013 abgeschlossen.

Die Motorfahrzeugkontrolle BL (MFK BL) bietet somit ab 1. Juli 2013 ihre Dienste für das Autogewerbe auch in den Räumen der Motorfahrzeug-Prüfstation (MFP) in Münchenstein an. Damit erspart sich das Autogewerbe vor allem aus dem Unterbaselbiet Zeit und lange Anfahrtswege.

Ab 1. Juli 2013 ist es nun für Garagisten möglich, Fahrzeuge für den Kanton BL in Münchenstein einzulösen oder nach der Vorführung der Fahrzeuge allfällige technischen Änderungen sofort im grauen Fahrzeugausweis eintragen zu lassen. Die Annullierung von Fahrzeugen, die Rückgabe von Kontrollschildern sowie der Bezug von befristeten Export- und Tagesschildern gehören ebenfalls zum neuen Dienstleistungsangebot für das Autogewerbe.

Um die Zusammenarbeit der MFK BL und der MFP weiter zu optimieren, hat sich die MFK BL bereits am 1. Juni 2013 mit der Abteilung Disposition (Vorführung von Fahrzeugen) in Münchenstein eingemietet. Mit dieser Massnahme sollen Synergien in der bereits heute gut funktionierenden Zusammenarbeit noch besser genutzt werden. Die MFK BL erfüllt damit einen langjährigen Wunsch des Autogewerbeverbandes beider Basel (AGVS), in der MFP in Münchenstein Dienstleistungen der MFK BL in Anspruch nehmen zu können. Damit fällt der zeitaufwändige Weg nach Füllinsdorf seit Juli 2013 weg. Die gesamten Kosten für die MFK BL Filiale in der MFP belaufen sich auf rund 200'000 Franken. Darin enthalten sind die Aufwendungen für den Umbau, das gesamte Mobiliar und für die EDV-Ausstattung.

Unternehmenseckwerte	R 2009	R 2010	R 2011	R 2012
Anzahl Mitarbeitende		56	59	63
Total Führerprüfungen				
theoretisch	8'435	8'398	8'133	8'011
praktisch	9'030	10'131	10'346	9'700
Total geprüfte Motorfahrzeuge	100'692	103'352	102'069	97'453
Erfolgsrechnung in CHF (Gewinn bereits verrechnet)				
Aufwand	8'746'908	8'840'741	9'349'309	9'097'350
Ertrag	8'746'908	8'840'741	9'349'309	9'097'309
Bilanzsumme in CHF	4'423'528	4'230'166	3'486'619	2'917'412

Beurteilung Zukunft: wichtige Entwicklungen der nächsten zwei bis drei Jahre bei der MFP

Die MFP wird ihre nachhaltige und risikokontrollierte Geschäftspolitik weiterführen. Es sind keine Aktivitäten geplant, die das Risikoprofil der MFP wesentlich verändern. Zudem führt die von der SQS durchgeführte ISO-9001:2008 Zertifizierung der MFP dazu, dass Risiken und Geschäftsprozesse frühzeitig erkannt, analysiert und die richtigen Entscheidungen getroffen werden können.

Ein weiteres gewichtiges Thema, welches die MFP im kommenden Jahr beschäftigen wird, ist die Reform der Basellandschaftlichen Pensionskasse (BLPK). Die MFP als öffentlich-rechtlicher Betrieb hat grundsätzlich die Möglichkeit, bei der BLPK zu bleiben oder zu einem anderen Anbieter zu wechseln. Hier wird es darum gehen, eine möglichst gute Lösung für die MFP und ihre Mitarbeitenden zu finden.

Speziell wird die MFP in nächster Zeit die Diskussionen um die Periodizitäten der Fahrzeugprüfungen genau beobachten. Läuft doch zur Zeit eine Studie des Bundesamtes für Strassen (astra), welche unter anderem klären soll, ob eine Verlängerung der Prüfperioden eine negative Auswirkung auf die Verkehrssicherheit mit sich bringen würde. Falls dies nicht der Fall wäre und infolgedessen die Periodizitäten verlängert würden, hätte dies auch eine direkte Auswirkung auf die in der MFP benötigte Prüfkapazität.

Die MFP ist darauf ausgerichtet, ihren Kernauftrag, d.h. die Prüfung von Fahrzeugen aller Art und die Durchführung von theoretischen und praktischen Führerprüfungen, unter Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben, effizient auszuführen.

ren. Sie will für die Kundschaft eine fachkompetente, korrekte und verlässliche Dienstleisterin sein und durch ihre Tätigkeit einen aktiven Beitrag zur Sicherheit auf den Strassen leisten.

Beurteilung Zukunft: Umfeldentwicklung

Da die MFP hoheitliche Aufgaben erfüllt, ist in Bezug auf die Umfeldentwicklung mittelfristig keine generelle Änderung zu erwarten. Der Motorfahrzeugbestand nimmt nach wie vor stetig zu und beschert - nebst den bekannten Herausforderungen - der MFP nebst Gebühren auch Erwartungen in Bezug auf die Kapazitätsplanung und Auftragsabwicklung.

Beurteilung Risiko aus Kantonssicht

Die Motorfahrzeug-Prüfstation beider Basel (MFP) ist eine selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalt, für welche seitens des Kantons eine implizite Staatshaftung besteht. Die Rückstände bei den Motorfahrzeug-Prüfungen wurden zwar bereits von den Medien aufgegriffen, stellen zurzeit jedoch keine Gefährdung der Verkehrssicherheit dar. Durch Schwerpunktprüfungen im Bereich des Schwerverkehrs und älterer Fahrzeuge kann die Sicherheit weiter gewährleistet werden. Sollten sich in Zukunft die Rückstände häufen, müsste die Situation in Hinblick auf einen möglichen Reputationsschaden neu beurteilt werden.

Landratsgeschäfte 2012/2013

- Jahresbericht 2012 der Motorfahrzeugprüfstation (LRV [2013-040_07](#))
- Bericht zum Postulat Nr. 2005-232 von Esther Maag betreffend Zusammenlegung der Motorfahrzeugprüfstation (MFP) beider Basel und der Motorfahrzeugkontrollen (MFK) in beiden Basel (LRV [2013-017](#))
- Bericht zum Postulat Nr. 2006-171 von Patrick Schäfli, FDP: Motorfahrzeugprüfungen: Vereinbarung BL/BS muss verbessert werden! (LRV [2012-313](#))

3.5 Beteiligungen, die der BKSD zugeordnet sind

3.5.1 Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW)

Beurteilung Geschäftsjahre 2012/2013: wichtige Entwicklungen bei der FHNW

Die FHNW weist 2012 insgesamt gute bis sehr gute Ergebnisse aus. Per 15. Oktober 2012 waren über 9'400 Studierende in 29 Bachelor- (84 %) und 19 Masterstudiengängen (16 %) immatrikuliert. Gut etabliert und erfolgreich ist die FHNW nach wie vor auch im Bereich der Weiterbildung, wo sie insgesamt CHF 42 Mio. an Drittmitteln generierte. Erfreulich präsentiert sich die anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung. Die Drittmittel für die Forschung konnten gegenüber dem Vorjahr nochmals deutlich gesteigert werden (plus CHF 7.3 Mio., total CHF 43 Mio.). Finanziell schliesst die FHNW bei einem Gesamtaufwand von CHF 413.3 Mio. per 31. Dezember 2012 mit einem Ertragsüberschuss von CHF 10.4 Mio. ab. Mit diesem Ertragsüberschuss kann das Eigenkapital auf insgesamt CHF 19.3 Mio. erhöht werden. Damit ist die FHNW in gewissem Masse risikofähig und kann ihren Handlungsspielraum wahren. Die finanziellen Ziele gemäss Leistungsauftrag werden grossmehrheitlich erreicht, teilweise übertroffen. Der Selbstfinanzierungsgrad konnte gegenüber dem Vorjahr um 2 Prozentpunkte auf 51 % gesteigert werden. Gut unterwegs ist die FHNW bei den Kostendeckungsgraden in der Forschung und in der Weiterbildung. Die Erträge in den Dienstleistungen decken die der FHNW direkt anfallenden Kosten, doch tragen sie noch zu wenig an die im Leistungsauftrag geforderte Deckung der Gemeinkosten (Overhead) bei. Bei den Bachelor- und Masterausbildungen hat die FHNW noch Optimierungsbedarf. Zwar bleiben die Durchschnittskosten über alle Fachbereiche hinweg gegenüber dem Vorjahr stabil. Die strengen Vorgaben des Leistungsauftrags werden jedoch nicht überall gleichermaßen erreicht. Der Direktionspräsident der FHNW hat entsprechende Massnahmen eingeleitet.

Unternehmenseckwerte	R 2009	R 2010	R 2011	R 2012
Anzahl Mitarbeitende (HC)	2305	2364	2447	2594
Stellen (FTE)	1558	1625	1713	1849
Anzahl Studierende (HC)	8172	8660	8894	9436
In FTE	6772	7075	7321	7414
Anzahl Stud. aus BL (HC)	1422	1489	1541	1691
Staatsbeiträge in Mio. CHF				
AG	77	78	79	81
BL	51	52	53	59
BS	34	34	34	39
SO	28	28	29	32
TOTAL	189	193	195	211
Erfolgsrechnung in CHF				
Aufwand	375'743'603	386'106'531	402'273'870	413'284'143
Ertrag	372'294'650	384'498'123	412'387'274	423'679'958
+Gewinn / -Verlust	-3'448'953	-1'608'408	+ 10'113'404	+ 10'395'815
Bilanzsumme in CHF	90'086'223	97'414'183	96'037'960	114'208'526

Beurteilung Zukunft: wichtige Entwicklungen der nächsten zwei bis drei Jahre bei der FHNW

Das Portfolio der FHNW muss so gestaltet sein, dass die FHNW in einem finanzpolitisch zunehmend anspruchsvollen Umfeld den bevorstehenden Systemveränderungen im Hochschulbereich (HFKG) aus einer Position der Stärke begegnen und gleichzeitig die spezifischen Bedürfnisse der Unternehmen und der Gesellschaft nach Fachkräften sowie nach Leistungen in Forschung und Entwicklung effizient und effektiv erfüllen kann. Der Leistungsauftrag 2015-17, der zur Zeit zwischen den Trägerkantonen und der FHNW erarbeitet wird, muss auf diese Ziele hin ausgerichtet werden.

Wichtige Grundlagen dafür wurden mit dem Leistungsauftrag 2012-2014 gelegt: Durch Vorgaben zur finanziellen Steuerung über gesamtschweizerisch gültige und damit vergleichbare Standardkostensätze und Deckungsgrade, zur kontrollierten, kontinuierlichen und differenzierten Entwicklung der Fachbereiche (Zulassungsbeschränkungen, Forschungsvolumen) und zur effizienten Bewirtschaftung der Infrastrukturen (Bezug von drei neuen Campusgebäuden, damit verbunden Restrukturierungen). Diese Rahmenvorgaben sollen auch nach 2015 gelten. Um den Wettbewerbsvorteil der FHNW als Multispartenhochschule verstärkt zur Geltung kommen zu lassen, wird die FHNW in Absprache mit den Trägern drei bis vier für die Trägerkantone relevante strategische Themenfelder definieren, in denen hochschulübergreifende, interdisziplinäre Aktivitäten fokussiert weiterentwickelt und nachhaltig umgesetzt werden sollen. Von entscheidender Bedeutung für den Standort Basel-Landschaft der FHNW ist die zeitgerechte Realisierung des Campus-Neubaus in Muttenz.

Beurteilung Zukunft: Umfeldentwicklung

Das neue Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetz (HFKG) wird die heute bestehenden Grenzen zwischen den Universitäten und Fachhochschulen zunehmend verwischen. Bestehende Regulierungen im Fachhochschulbereich werden gelockert, die Finanzierungs- und Steuerungsprinzipien des Bundes und im interkantonalen Lastenausgleich denjenigen des universitären Bereichs angeglichen. Als Folge gewinnen die Autonomie und die Steuerungs- und Finanzierungsentscheide der kantonalen Hochschulträger noch mehr an Bedeutung.

Nach einer starken Wachstumsphase wird sich das System der Fachhochschulen in den nächsten Jahren konsolidieren. Der ‚Bildungsmarkt‘ wird aus verschiedenen Gründen kompetitiver: Aus demographischen Gründen flacht das Wachstum der Studierendenzahlen in den nächsten Jahren ab, was zu einem gewissen Verdrängungswettbewerb unter den Fachhochschulen bzw. deren Standortregionen führt. Gleichzeitig nimmt die Nachfrage des Arbeitsmarkts nach Absolvent/innen zu (Fachkräftemangel, Lehrerinnen- und Lehrermangel), und auch die qualitativen Anforderungen der Abnehmer an die Ausbildung, die Weiterbildung sowie die Forschung und Entwicklung steigen (Sicherung der Innovationsfähigkeit des Standorts Schweiz, technische Infrastrukturen, Internationalisierung von Aus- und Weiterbildung, Rekrutierung und Entwicklung des Hochschulpersonals).

Angesichts der Sparvorgaben für die öffentlichen Haushalte steigt der finanzielle Druck auf die Fachhochschulen.

Beurteilung Risiko aus Kantonssicht

Die anstehenden gesetzlichen Veränderungen der Hochschulfinanzierung auf Stufe Bund führen - in Kombination mit dem zu erwartenden Verdrängungswettbewerb im Fachhochschulbereich - zu einer gewissen Unsicherheit bezüglich der zukünftigen Einnahmen der FHNW / den Ausgaben des Kantons

Die zur Diskussion stehenden neuen Modelle zur Verteilung der Bundesgelder für den Hochschulbereich kommen der FHNW aus momentaner Sicht tendenziell entgegen. Die genaue Ausgestaltung ist jedoch noch offen, es besteht das Risiko, dass ein Modell zum Zug kommt, welches für die FHNW eher ungünstig ist. Dies könnte zu einer Kürzung der Bundesgelder führen. Aus Perspektive des Hochschulmarktes ist zu erwarten, dass es – nach einer relativ langen Wachstumsphase sämtlicher FH - in Zukunft zu einem Verdrängungswettbewerb der Fachhochschulen kommen wird. Aus Perspektive Kanton ist aus finanzieller Sicht das Verhältnis von Studierenden aus dem eigenen Kanton, aus den Trägerkantonen der FHNW sowie der übrigen Studierenden an der FHNW von Interesse. Für Studierende von ausserhalb der Trägerkantone erhält die FHNW interkantonale Vergütungen, für BL-Studierende ausserhalb der FHNW muss der Kanton BL Ausgleichszahlungen leisten. Im Verhältnis zwischen den FHNW-Kantonen richtet sich der BL-Anteil am Globalbeitrag ebenfalls nach den Studierendenzahlen.

Aufgrund dieser Unsicherheiten ist es sinnvoll, diese Veränderungen aktiv zu überwachen. Das finanzielle Risiko ist entsprechend leicht erhöht.

Landratsgeschäfte 2012/2013

- Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW); Bericht über die Erfüllung des Leistungsauftrags für das Jahr 2012 (LRV [2013-180](#))
- Neubau Fachhochschule Nordwestschweiz FHNW-Campus Muttenz; Baukreditvorlage (LRV [2013-349](#))
- Sammelvorlage betreffend 15 Schlussabrechnungen von Verpflichtungskrediten; Abrechnungsperiode November 2012 - August 2013 (LRV [2013-336](#))
- Zwischenbericht an den Landrat zu Geschäft 2011-315, Fachhochschule Nordwestschweiz, Leistungsauftrag und Globalbeitrag 2012-2014 (LRV [2013-070](#))
- Bericht zum Postulat 2012-165 von Marc Bürgi, BDP: Förderung der Nanotechnologie-Kompetenzen unter Berücksichtigung der Life Sciences Strategie ([2013-016](#))
- Bericht zu den Postulaten 2011/302 von Karl Willimann: Fachhochschule Nordwestschweiz FHNW, Mitbestimmung der Parlamente verbessern und 2011/339 von Klaus Kirchmayr: Stärkung der IPK FHNW (LRV [2012-156](#))
- Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW); Bericht über die Erfüllung des Leistungsauftrags für die Jahre 2009 – 2011 (LRV [2012-154](#))
- Postulat: Innovationspark Life Sciences (LRV [2013-033](#))
- Postulat: Fachhochschule Nordwestschweiz: Welches sind die Auswirkungen der unterschiedlichen Raumreserven? (LRV [2012-364](#))
- Postulat: Fachhochschule Nordwestschweiz: Überprüfung Kostenanstieg in Verwaltung und Administration (LRV [2012-363](#))
- Postulat: Fachhochschule Nordwestschweiz: Ist das Promotionsrecht für die FHNW wirklich wünschenswert? (LRV [2012-362](#))
- Postulat: Fachhochschule Nordwestschweiz: Spar-Anreize dank einheitlichem Kosten-Management und -Controlling über die einzelnen Studiengänge und über alle neun Hochschulen (LRV [2012-361](#))
- Postulat: Überprüfung Standortkonzept FHNW (LRV [2012-188](#))
- Interpellation: Stand der Arbeiten beim Neubau FHNW-Campus Muttenz (LRV [2012-371](#))

3.5.2 Universität Basel

Beurteilung Geschäftsjahre 2012/2013: wichtige Entwicklungen bei der Universität Basel

Im dritten Jahr der zweiten Leistungsperiode 2010-2013 zeigt die Rechnung der Universität erstmals einen Jahresüberschuss von CHF 1.4 Mio. Dieses im Vergleich zum Budget 2012, aber auch zum Vorjahr verbesserte Jahresergebnis konnte dank einer hohen Budgetdisziplin sowie höheren Einnahmen erzielt werden. Da sich gleichzeitig wichtige Indikatoren in Lehre und Forschung weiterhin positiv entwickeln, setzt sich die in den letzten Jahren erzielte positive Entwicklung der Universität auch im Jahr 2012 fort. Die im Vergleich zu den Vorjahren weiter steigenden Aufwendungen sind das Resultat einer kontinuierlichen Umsetzung der Strategie 2007 und vieler Projekte, die aufgrund einer anhaltend erfolgreichen – wenn auch im Bereich Nationalfonds erstmals seit Jahren leicht rückläufigen – Drittmittelleinwerbung finanziert werden können. Das Ergebnis 2012 erlaubt eine leichte Stärkung des Eigenkapitals und die betrieblich notwendige Äfnung von Rücklagen, womit ein beschränkter Handlungsspielraum für die gesamte zweite Leistungsperiode aufrechterhalten werden kann. Die Universität ist weiterhin in der Lage, auf kurzfristige Entwicklungen und Opportunitäten im akademischen Umfeld flexibel und gezielt zu reagieren (vgl. LRV [2013/149](#) vom 14.05.2013).

Allerdings muss festgestellt werden, dass es der Universität zunehmend schwer fällt, im Wettbewerb zwischen den Hochschulen ihre Stellung in den Profilierungsbereichen zu halten. Dies zeigt sich bei der Berufung von neuen Professorinnen und Professoren, die – vor allem im naturwissenschaftlichen Bereich - für eine Zusage zunehmend höhere Anforderungen an die Forschungsinfrastruktur sowie die personelle und räumliche Ausstattung stellen. Um das Niveau halten zu können, sind hier weitere Investitionen nötig.

Als Grundlage für die neue Leistungsperiode ab 2014 hat die Universität ihre Strategie 2014-2021 erarbeitet und die Struktur- und Entwicklungspläne der Fakultäten aktualisiert.

2012 wurden – bei paritätischer Beteiligung der Versicherten – die Vorsorgewerke der Universität saniert, wozu ein Sonderbeitrag der Träger nötig war (vgl. LRV [2011/350](#) vom 20.12.2011).

Unternehmenseckwerte	R 2009	R 2010	R 2011	R 2012
Anzahl Mitarbeitende (FTE)	1'526	1'636	1721	1'779
Projektanstellungen (FTE)	697	891	971	1'003
Total (FTE)	2223	2'527	2692	2'782
Anzahl Studierende	11'593	11'826	12'037	12'341
Veränderung ggü. Vorjahr	+2.1%	+2%	+1.8%	+2.5%
Anzahl Studierende aus BL	2'417	2'488	2'499	2'536
Veränderung ggü. Vorjahr	+1.2%	+2.9%	+0.4%	+1.5%
Staatsbeiträge in Mio. CHF				
BL	134.60	142.1	148.8	*172.9
BS	132.50	141.2	148.4	174.5
Total	267.10	283.3	297.2	347.4
				*davon 20.2 Sonderbeitrag PK-Sanierung
Erfolgsrechnung in Mio. CHF				
Aufwand	589.3	642.9	646.1	698.5
Ertrag	588.7	639.5	641.4	699.9
+ Gewinn/- Verlust	-0.6	-3.4	-4.7	1.4
Bilanzsumme in Mio. CHF	589.3	539.0	596.6	673.4
Eigenkapital		23.0	18.3	19.7

Beurteilung Zukunft: wichtige Entwicklungen der nächsten zwei bis drei Jahre bei der Universität Basel

Alle Leistungsindikatoren bescheinigen der Universität Basel eine hohe bis hervorragende Qualität in Lehre und Forschung. Während in früheren Jahren die Grösse einer Universität bezüglich ihrer Qualität eine sekundäre Rolle spielte, ist heute auch eine kritische Masse an Forschenden und Studierenden wichtig. In den letzten Jahren ist die Zahl der Studierenden an der Universität Basel zwar überproportional gewachsen, aber für die nächsten Jahre wird aus demographischen Gründen eine Abflachung und eine Konsolidierung der Zahl der Studierenden vorausgesagt; die Universität hat ihre Strategien 2007 und 2014 darauf ausgerichtet (rund 13'000 Studierende gemäss Strategie MIDI als Grundlage der Universitätsplanung).

Die gegenwärtig sehr gute Position der Universität Basel ist zum grossen Teil das Resultat der Strategie 2007. Deren Ziele konnten erreicht und viele der anvisierten Massnahmen in der Lehre, der Forschung, der Qualitätsentwicklung und der inneren Organisation umgesetzt werden. Bewährt hat sich insbesondere die Positionierung der Universität als

profilierte Volluniversität, die sich durch ein vielfältiges, aber klar definiertes Lehrangebot auszeichnet. Dies zeigt sich auch in den Modellrechnungen des Bundes für die zukünftige Verteilung der Mittel, wo sich die Universität Basel in allen Szenarien als eine der robustesten kantonalen Hochschulen erweist.

Aufbauend darauf, definiert die Strategie 2014 sechs thematische Schwerpunkte, die einerseits Lehre und Forschung der Universität fokussieren, andererseits das Potenzial für allfällige neuere Entwicklungen offen lassen. Es sind dies primär die Life Sciences (mit verstärkter Förderung im Bereich der klinischen Forschung), die Bildwissenschaften, die Nanowissenschaften, die Nachhaltigkeits- und Energieforschung, European and Global Studies sowie die Erzählforschung (Narrativität).

Von besonderer Bedeutung für die Universität ist die Entwicklung der Infrastrukturen. Als Basis für die Finanzplanung der Universität und der Trägerkantone wurden eine Raumstrategie und eine langfristige Bauinvestitionsplanung erarbeitet. Der Neubau für das Biozentrum konnte nach Genehmigung des Baukredits im Sommer 2013 gestartet werden. In Arbeit ist die Projektierung für die Nachnutzung des Biozentrum-Altbaus (Herrichtung für das Departement Biomedizin). Zur zukünftigen Unterbringung der Zahnmedizin und der Umweltwissenschaften hat die Universität Liegenschaften auf dem Basler Rosental-Areal erworben, die in den nächsten Jahren bezugsbereit sein werden. Auf dem Campus Schällemätteli wurde zudem das Projekt des ETH-Departements für Biosysteme gestartet, womit die Zusammenarbeit mit der ETH noch weiter verstärkt und konsolidiert werden kann.

Beurteilung Zukunft: Umfeldentwicklung

Auf nationaler Ebene werden derzeit die vom neuen Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetz (HFKG) vorgesehenen Strukturen, Gremien und Finanzierungsmechanismen definiert, die auch die Koordination in den kostenintensiven Bereichen vornehmen werden. Die Universität Basel wird sich als forschungsstarke, aber kleinere Institution gemeinsam mit ihren zwei Trägern für eine leistungsgerechte Verteilung von Bundesmitteln und disziplinären Kompetenzen einsetzen. Auf globaler Ebene hat der vermehrte Wettbewerb um Innovationskraft zu einer Steigerung der Investitionen in den Hochschulbereich sowohl in den Nachbar- wie auch in den Schwellenländern geführt. In den nächsten Jahren wird es darum gehen, die Stärke der Universität Basel in einem international kompetitiveren Umfeld zu halten, was einen fokussierten Ausbau ihres jetzigen Potenzials erfordert.

Beurteilung Risiko aus Kantonssicht

Der Bund ist momentan daran, die Auszahlung der Grundbeiträge gemäss Universitätsförderungsgesetz (SR 414.20) zu synchronisieren. Die bisherige Praxis, dass die Grundbeiträge jeweils nachschüssig ausbezahlt wurden, soll geändert werden. Diese Praxisänderung würde dazu führen, dass der Universität Basel ein Beitragsjahr, rund CHF 75'100'000 (Stand 2011) „verloren“ gehen würde. Zur Vorfinanzierung der Beiträge des Bundes gemäss Universitätsförderungsgesetz haben die beiden Trägerkantone der Universität per 1. Januar 2007 je ein unverzinsliches Darlehen aus dem Verwaltungsvermögen in der Höhe von CHF 30 Mio. zur Verfügung gestellt (§ 44 Abs. 4 Universitätsvertrag, SGS 664.1). Entsprechend besteht für den Kanton das Risiko, dass es zu einem einmaligen Ausfall von CHF 30'000'000 kommt, da bei einer Praxisänderung des Bundes dieses Darlehen abgeschrieben werden müsste. Daher ist das finanzielle Risiko leicht erhöht und sollte entsprechend überwacht werden.

Landratsgeschäfte 2012/2013

- Sammelvorlage betreffend 15 Schlussabrechnungen von Verpflichtungskrediten; Abrechnungsperiode November 2012 - August 2013 (LRV [2013-336](#))
- Leistungsauftrag und Globalbeitrag 2014 - 2017 für die Universität Basel (Partnerschaftliches Geschäft) (LRV [2013-282](#))
- Bericht zum Postulat 2011-303 der SVP-Fraktion vom 3. November 2011: Trägerschaft Uni Basel breiter abstützen (LRV [2013-201](#))
- Berichterstattung 2012 der Universität zum Leistungsauftrag (Partnerschaftliches Geschäft) (LRV [2013-149](#))
- Errichtung eines Neubaus für das Departement für Biosysteme der ETH Zürich auf dem Life Science Campus der Universität Basel (Campus Schällemätteli); Kreditsicherungsgarantie; (Partnerschaftliches Geschäft) (LRV [2013-142](#))
- Berichterstattung 2011 der Universität zum Leistungsauftrag (Partnerschaftliches Geschäft) (LRV [2012-139](#))
- Bericht zum Postulat 2012-165 von Marc Bürgi, BDP: Förderung der Nanotechnologie-Kompetenzen unter Berücksichtigung der Life Sciences Strategie (LRV [2013-016](#))
- Gewährung eines Darlehens an die Universität Basel für den Bau des Biozentrums (LRV [2012-348](#))
- Bericht zum Postulat 2010-167 von Klaus Kirchmayr, Grüne Fraktion: „Gleichbehandlung aller Schweizer Hochschulen bezüglich Bologna-Punkten“ (LRV [2012-216](#))
- Bericht der Petitionskommission an den Landrat zur Petition «Kein Angriff auf die Uni Basel» (LRV [2012-155](#))
- Bericht zum Postulat 2007/315 vom 13. Dezember 2007, Martin Rüegg: Campus Sport für die Region; Landratsvorlage (LRV [2012-086](#))
- Postulat: Vertretung der Studierenden im Universitätsrat (LRV [2013-312](#))
- Postulat: Standortprüfung eines Universitätscampus auf Baselbieter Boden (LRV [2013-133](#))
- Postulat: Eignerstrategie für die Universität beider Basel (LRV [2013-030](#))
- Motion: Standesinitiative für die vermehrte gegenseitige Anerkennung von Bologna-Punkten unter den Schwei-

zer Hochschulen (LRV [2013-083](#))

- Motion: Aufhebung des Numerus Clausus in der Humanmedizin (LRV [2012-358](#))
- Motion: Erhöhung der Studiengebühren an der Universität Basel (LRV [2012-356](#))
- Motion: Massvolle Erhöhung der Studiengebühren für ausländische Studierende (LRV [2012-353](#))
- Motion: Begrenzung der Studiengebühren (LRV [2012-278](#))
- Motion: Leistungsauftrag Uni Basel 2014-2017 (LRV [2013-063](#))
- Interpellation: Sextoys basteln als akademische Disziplin? (LRV [2013-256](#))
- Interpellation: Tiefe Studiengebühren sind der falsche Anreiz, um ein Studium in Kürze zu absolvieren (LRV [2013-173](#))
- Interpellation: Neue Fakultät Architektur an der UNI Basel - Hat die Politik Einflussmöglichkeiten? (LRV [2012-305](#))
- Interpellation: Vergleichszahlen der Schweizerischen Universitätskonferenz (LRV [2012-108](#))

3.5.3 TSM Schulzentrum für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen

Beurteilung Geschäftsjahre 2012/2013: wichtige Entwicklungen beim TSM

Das TSM Schulzentrum für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen weist 2012 insgesamt gute bis sehr gute Ergebnisse aus. Per 31.07.2012 (SJ 2011/2012) wurden 98 Schülerinnen und Schüler in 11 Klassen geschult. Zudem wurden 122 Kinder und Jugendliche in der Volksschule unterstützt und beraten. Im separativen Schulbereich haben die Schüler mit schweren Mehrfachbehinderungen von 15 auf 24 zugenommen. Trotzdem konnte der Personalbestand verkleinert werden. Etabliert hat sich die ausserschulische Tagesbetreuung, welche wesentlich zur Entlastung belasteter Familien beiträgt. Es wurde eine neue Aufbauorganisation installiert, welche das TSM in Bereiche mit einer jeweiligen Leitung und einer Gesamtleitung gliedert.

Finanziell schliesst das TSM bei einem Gesamtaufwand von CHF 12.88 Mio. per 31. Dezember 2012 mit einer Unterdeckung von TCHF 47 ab. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich das Ergebnis um TCHF 914 verbessert. Allein der Personalaufwand lag TCHF 600 unter dem des Vorjahres. Mit diesem Abschluss hält das TSM die Leistungsvereinbarungen knapp ein.

Um der Tatsache Rechnung zu tragen, dass aufgrund der Umsetzung des Sonderpädagogischen Konkordates die Schülerzahlen rückläufig sind und die schwer mehrfachbehinderten Kinder und Jugendlichen in der separativen Sonderschulung zunehmen, wurden im Herbst 2013 die Leistungsvereinbarungen neu verhandelt. Es wurden sowohl Mengenbeschränkungen für die Leistungen der separativen Sonderschulung als auch der integrativen Sonderschulung festgelegt. Die in der Leistungsvereinbarung fixierten Tarife geben dem TSM eine Planungssicherheit für die kommenden drei Jahre. Es besteht jedoch ein gewisses Risiko, dass die Schülerzahlen schneller zurückgehen als geplant. Im Rahmen der Landratsvorlage „Integrative Schulung“ wird das AVS seine Steuerungsfunktion ausüben.

Unternehmenseckwerte	R 2009	R 2010	R 2011	R 2012
Anzahl Vollstellen	95.14	96.01	89.34	86.63
Anzahl Mitarbeitende	153	155	140	134
Anzahl SchülerInnen ²⁾	114	107	104	98
2) a) Total SchülerInnen im Schulzentrum (Anzahl Sonderschulung)	99	92	89	74
Anzahl SchülerInnen FG	15	15	15	24
b) Total SchülerInnen/Kinder integrative Sonderschulung	134	147	155	122
Ø Kosten pro SchülerIn/Semester Sonderschulung	32'348	33'976	34'343	32'796
Ø Kosten pro SchülerIn/Semester, Fördergruppe	47'731	48'681	50'405	48'739
Erfolgsrechnung in CHF				
Aufwand	13'556'921	13'746'415	13'662'021	12'883'896
Ertrag	13'351'842	13'269'610	12'700'814	12'837'228
+Gewinn / -Verlust	-205'079.08 (Jahresverlust)	-476'804.00 (Jahresverlust)	-961'206.48 (Jahresverlust)	-46'668.25 (Jahresverlust)
	-170'687.93 (Gesamtverlust)*	-464'922.30 (Gesamtverlust)*	-942'223.68 (Gesamtverlust)*	+60'126.90 (Gesamtgewinn)*
Bilanzsumme in CHF	5'737'763	4'240'156	2'088'501	2'044'292
Reserven	2'700'000	2'529'312	2'064'390	1'122'166

* Gesamtverlust: des TSM = Jahresverlust +/- neutrales Ergebnis

Beurteilung Zukunft: wichtige Entwicklungen der nächsten zwei bis drei Jahre des TSM

Aufgrund der Umsetzung des Sonderpädagogischen Konkordats und der Landratsvorlage „Integrative Schulung“ werden Schülerzahlen beim TSM Münchenstein rückläufig sein, hingegen wird der Bedarf an Beschulung von schwerst mehrfachbehinderten Kindern und Jugendlichen in der separativen Sonderschulung zunehmen.

Beurteilung Zukunft: Umfeldentwicklung

Siehe Ausführungen zur Beurteilung Zukunft, wichtige Entwicklungen der nächsten zwei bis drei Jahre des TSM.

Beurteilung Risiko aus Kantonssicht

Gemäss neuer Leistungsvereinbarung ist ein Kostendach für die nächsten drei Jahre fixiert.

Landratsgeschäfte 2012/2013

RRB betreffend Pauschalabgeltungsmodell in Bearbeitung.

4 Ausblick

Im Rahmen der erstmaligen Erstellung des vorliegenden Berichts wurde mit der gewählten Datenerhebungsmethodik sowie mit der optimalen Einbindung in das bestehende Beteiligungscontrolling die Basis für eine Dokumentation geschaffen, die dem Landrat zusätzlich zu den bestehenden Faktenblättern einen Informationsmehrwert zu den Beteiligungen des Kantons Basel-Landschaft bieten soll. Damit wurde der Grundstein für die künftig alle zwei Jahre stattfindende Berichterstattung gelegt. Die Resonanz auf den Bericht sowie ein allfälliges konstruktives Feedback werden zeigen, inwiefern das gewählte Konzept künftig modifiziert werden kann.

Im nächsten Jahr steht im Beteiligungscontrolling die Ausarbeitung von Eigentümerstrategien im Vordergrund.

5 Anträge

Der Regierungsrat beantragt dem Landrat, vom vorgelegten Bericht Kenntnis zu nehmen.

Liestal, 10. Dezember 2013

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:
Wüthrich-Pelloli

Die 2. Landschreiberin:
Mäder